

Leopold-Franzens-Universität-Innsbruck

Institut für Zeitgeschichte/Institut für Fachdidaktik

MMg. Dr. Andrea Brait

Österreichs Kulturbeziehungen zur DDR 1989/1990

Zeitzeugengespräch mit

Dr. phil. Udo Bartsch

Staatssekretär a.D.

(1.9.2016, ergänzt am 1.7.2017)

Andrea Brait:

Ich möchte Sie zunächst zu Ihrem Werdegang befragen. Ich kenne zwar Ihre Biographie in groben Zügen, aber ich weiß nicht, wie Sie in Ihre Funktion als Staatssekretär gekommen sind. Wie sind Sie ins Kulturministerium gekommen?

Udo Bartsch:

Meine Profession liegt in dieser Richtung. Ich habe Kultur- und Theaterwissenschaft an der Humboldt-Universität studiert. Allerdings wurde mir das Direktstudium verwehrt, weil ich für 18 Monate in die politische Haft des Ministeriums für Staatssicherheit genommen wurde. Zehn Jahre nach meiner Inhaftierung habe ich das Studium aufnehmen können. Das Ergebnis der Diplomprüfung fiel recht gut aus, sodass mir ein Forschungsstudium angeboten wurde. Ich hatte zwischen Theaterwissenschaft und Philosophie die Wahl und mich für letzteres entschieden. Für meine Promotion wählte ich ein Thema zur Ästhetik und bestand mit magna cum laude. Danach bin ich in das neugegründete Institut für Ästhetik und Kunstwissenschaften der Akademie der Wissenschaften übernommen worden und arbeitete dort acht Jahre.

Zwischendurch habe ich Lehraufträge an der Humboldt-Universität wahrgenommen, die immer unter der Aufsicht der Kreisleitung der SED stattfanden. Meine Vorlesun-

gen wurden stets mit stenographiert. Das war eine spannende Angelegenheit. Die SED wollte den ehemaligen politischen Häftling „umdrehen“ und als große „Erziehungstat“ diesen Typ aufbauen. Dazu bedrängten Sie mich, dass ich in die SED einträte. Sie gaben mir sehr deutlich zu verstehen, dass ich ohne die Mitgliedschaft in der SED nie die Chance auf eine Karriere in der DDR hätte, selbst dann nicht, wenn ich mich habilitieren sollte. Um mich von diesen Nachstellungen freizumachen, bin ich der CDU beigetreten. Bei aller berechtigten Kritik an dieser Partei und ihrer der SED erlegenen Leitung muss man der Ehrlichkeit halber auch hinzufügen, dass die CDU die einzige Partei in der DDR gewesen ist, die vorgab, Politik von einem anderen weltanschaulichen Ansatz her betreiben zu wollen. Das war nicht der Marxismus-Leninismus, sondern das christliche Menschenbild. Insofern waren die Mitgliedschaft in der CDU und konfessionelle Bindung zwar suspekt, weil sie nicht in die Weltanschauung der Kommunisten und ihrer militant atheistischen Haltung passten. Aber man musste sie tolerieren, herrschte doch offiziell ein Block von politischen Parteien, so auch der CDU, unter Führung der SED. Mitglieder der CDU waren zu meist Intellektuelle, Künstler, Gewerbetreibende, auch Kirchenleute. Vor den Nachstellungen der Genossen von der SED hatte ich von nun an Ruhe. Im Zuge des politischen Umbruchs in der DDR wurde Lothar de Maiziere beauftragt, die CDU programmatisch zu erneuern und personell neu zu formieren. Durch meine Biografie schien ich geeignet, für den Neubeginn der CDU-Ost mitzuarbeiten. De Maiziere holte mich in die Parteileitung und übertrug mir dort die Leitung der Abteilung für Kultur und Kunst. Qua Amt bin ich zugleich Kulturpolitischer Sprecher dieser reformierten CDU geworden. Dann kamen die Wahlen! Dramatische Monate lagen vor dem 18. März 1990. Ziviler Ungehorsam der Bürgerbewegung erschütterte das SED-Regime. Das Volk wurde zum Subjekt seiner Geschichte. Es überwand die Angst vor staatlicher Gewalt und Repression, die jahrzehntelang disziplinierte. Mit Zorn und verloren gegangener Hoffnung, das Alte, den sogenannten Sozialismus reformieren zu können, trat es der Staatsmacht mutig und gewaltlos entgegen, was zum Machtverlust und schließlich zum Zusammenbruch des SED-Regimes führte. Die „Friedliche Revolution“ erzwang die ersten freien Wahlen und die Bildung der ersten demokratisch legitimierten Regierung der DDR. Das überwältigende Wahlergebnis mit 48,2 % für die „Allianz für Deutschland“, jenem Wahlbündnis aus CDU, Demokratischem Aufbruch und Deutscher Sozialer Union, überraschte uns alle. In den Koalitionsverhandlungen fiel entgegen den Erwartungen das Ressort Kultur an die CDU. De Maiziere hatte beharrlich darauf bestanden. Wie es in der Regierungs-Erklärung des Ministerpräsidenten programmatisch hieß, sollte „Kultur Ausdruck unserer Freiheit

sein“. De Maiziere berief Herbert Schirmer zum Minister für Kultur. Schirmer galt als renommierter Galerist und Kenner der DDR-Kunstverhältnisse. Zu dem führte er den Landesverband der CDU in Brandenburg erfolgreich, was in dieser bewegten Zeit von Bedeutung war. Der Ministerpräsident berief mich zum Staatssekretär in das Kulturministerium. Ich hatte zunächst Vorbehalte gegenüber dem Amt. Da schwang auch eine gewisse Enttäuschung bei mir über die Personalpolitik mit. Ich erinnere mich immer noch deutlich an jene Situation, als mir der Hauptgeschäftsführer der CDU auf mein zögerliches Verhalten hin deutlich in das Gesicht sagte, „ und wenn Du Scheiße schöpfen musst, Du gehst in das Amt“. Seine brachiale Argumentation hatte etwas Überzeugendes an sich. Die Organisationsverfügung unseres Ministeriums wies den Staatssekretär als Amtschef des Hauses aus. Das brachte mich in die Lage, in den Verhandlungen zur Deutschen Einheit die Angelegenheiten von Kultur und Kunst als Verhandlungsführer der DDR zu leiten.

Andrea Brait:

Mit welchem Auftrag haben Sie das Amt übernommen? In welcher Situation befand sich das Ministerium bei ihrer Amtsübernahme?

Udo Bartsch:

Wir hatten in einer gesellschaftlich schwierigen und politisch labilen Zeit Verantwortung übernommen. Vor uns stand die Herausforderung, wie der politische Anspruch, Regieren zu müssen, praktisch wird und mit welchem Apparat. Wie muss sich die erklärte Absicht, die SED-Herrschaft und ihren „vormundschaftlichen Staat“ umbrechen zu wollen, vollziehen? Mit welchen Institutionen soll der Aufbau neuer, demokratischer und föderaler Strukturen erfolgen und die Einheit in Deutschland vorbereitet werden? Welches Personal steht für diesen historischen Abschnitt unserer Geschichte zur Verfügung, ist willens und geeignet, politische Feindbilder im Kopf und Handlungsmuster des „diktatorischen Zentralismus“ zu überwinden? Wir spürten sehr wohl, dass wir eine einzigartige Umbruchsituation zu bewältigen hatten, in der sich gesellschaftliche Entwicklungen in bisher nicht bekanntem Tempo vollziehen und damit die Regierung vor einzigartige Aufgaben stellte. Es war eine spannungsreiche Zeit. Wir haben mit Widerspruch rechnen müssen, aber auch Widerstand erfahren. Das lag in der Natur der Sache selbst, die wir zu leisten hatten, an unserem politischen Auftrag. Die von uns betriebene Kulturpolitik für den demokratischen Neu-

beginn und die Einheit in Deutschland bedeutete zunächst die Negation all dessen, was das Parteiregime der SED zu seiner ideologischen Legitimation und politischen Herrschaftsausübung im Bereich von Kultur und Kunst hervorgebracht hatte. Unverzüglich galt es den Missbrauch von Kultur und Kunst für Indoktrination und Parteipropaganda zu beenden und seine Auswirkungen zu überwinden. Der Auslieferung des Kulturbetriebes an den Funktionärsapparat der politischen Verwaltungen und Verbände sollte kompromisslos die Grundlage entzogen werden. Des Weiteren galt es die zentralistischen Strukturen staatlicher Leitung und Kulturverwaltung aufzulösen, zugunsten einer föderal geprägten Kulturlandschaft in Verantwortung nunmehr der neuen Bundesländer. Die Aufgabe bestand insbesondere darin, die 22- tausend kulturell-künstlerischen Einrichtungen, die das Ministerium verwaltete, darunter Opernhäuser und Theater, Museen und Galerien, Schlösser und Gärten, Bibliotheken und Sammlungen, Zoologische Gärten und Zirkusse etc., in ausgewählten Fällen mit Dossiers über deren Zustand und künftige Finanzierungsmöglichkeiten versehen, in die Kulturhoheit der neuen Bundesländer zu begleiten.

Das Votum der Wähler hatte uns aufgegeben, die Einheit Deutschlands voran zu bringen. Kulturpolitisch verantwortliches Handeln bedeutete in dieser Situation, für die Verhandlungen zur Wiedervereinigung konzeptionell gerüstet und auf gravierende Veränderungen nach der staatlichen Einheit vorbereitet zu sein. An dieser Stelle versuchten unsere Gegner anzusetzen und vehement Einfluss zu nehmen. Lautstark und medienwirksam gebärdeten sich die ehemaligen Parteikader als kulturpolitische Apokalyptiker mit der Behauptung vom Untergang der Kulturlandschaft im Osten durch die deutsche Einheit. Mit klassenkämpferischer Pose beschworen sie das Wort vom „Kulturkahlschlag“, um die Einheit zu verteufeln. Hier waren Kräfte aus den ehemaligen Funktionärsetagen am Werke, die aus den Zukunftsängsten von Künstlern und Kulturschaffenden politisches Kapital zu schlagen hofften. Frühzeitig begannen sie mit der Verklärung des alten Regimes und ihres eigenen Wirkens. Sie trachteten danach, in einer Art von Trauer- und Leidensgemeinschaft zutiefst verunsicherter Künstler politisch überwintern zu können.

Und die Künstler und Kulturschaffenden hatten natürlich Angst, berechnete, und zunächst durchaus nicht auszuräumende Befürchtungen vor dem Verlust von sozialem Prestige und der materiellen Existenz. Den Hintergrund für diese ambivalente Gefühlslage, trotz Freiheit und D-Mark, bildeten enorme materielle Probleme der künstlerischen Produktion und Aufführungspraxis durch die Währungsumstellung, finanzielle Schwierigkeiten bei der Pflege und Konservierung von Kulturgut, der Verlust von Aufträgen und die gefährdete Lebenshaltung zahlreicher Künstler durch den

Wegfall der alten Fördersysteme und nicht zuletzt zwiespältige Erfahrungen mit der Kunstfreundlichkeit marktwirtschaftlicher Verhältnisse. Schlagartig hörte das in vierzig Jahren aufgebaute Subventionierungs-, Förder- und gewiss auch Wohlverhalten gratifizierende System in der Kultur auf zu existieren. Jeder Künstler kannte sich in diesem System aus. Man wusste, wo der "Finanztopf" stand und was als Gegenleistung erwartet wurde. Das System alimentierte seine Künstler und Kulturschaffenden nicht uneigennützig. Wer den Abschluss einer künstlerischen Hoch- oder Fachschule erreichte, konnte damit rechnen, dass der Staat ihn ein Leben lang als Künstler unterhielt. Sich nicht zu verkaufen, etwas Sinnvolles abzuliefern und sein Leben zu machen, war damit jeder künstlerischen Arbeit in der DDR als moralische Herausforderung unterlegt. Die Mehrzahl der 12-tausend freischaffenden Künstler wurde nun frei in ihrer Kunstausbübung, frei vom Indoktrinationsauftrag der SED, aber zunächst auch frei von gestalterischen Aufträgen und von Existenzmitteln für die Lebenshaltung. Oft fanden sie sich nicht einmal im Status eines Arbeitslosen wieder, sondern waren gleich zum Empfänger von Sozialhilfe herabgewürdigt. Der freischaffende Künstler durfte nicht als Verlierer des demokratischen Umbruchs und der deutschen Einheit hervorgehen. Eine kulturpolitische Aufgabe ersten Ranges für uns. Das ist die eine, die materielle Seite der widersprüchlichen Gefühlslage von Künstlern und Kulturschaffenden in dieser Phase des Umbruchs. Die andere, ebenso bedeutende Seite gründete auf dem zunehmenden Verlust des sozialen Status. Der Künstler genoss vor dem einen hohen sozialen Stellenwert in der DDR. Davon blieb nicht mehr viel. In diesen Tagen des Aufbruchs brauchte kaum jemand mehr Literatur als Lebenshilfe und den Künstler als Seelenröster und Welterklärer. Man las nicht mehr "zwischen den Zeilen", um eine Botschaft zu entschlüsseln. Es ist alles erlaubt, mit welchen Konsequenzen auch immer und fragwürdigen Ergebnissen, wie wir heute mit Erschrecken feststellen müssen. Es entstand eine schwierige, eine schmerzhaft Situation für die Künstler. Das war der Nährboden, auf dem die alten Partei- und Funktionärskader, wie im sogenannten Schutzverbund der Künste, ihre giftige Saat auszubringen hofften. In täglichen Demonstrationen auf den Straßen und auf dem Alexanderplatz wurden Säрге mit Büchern herumgetragen, um uns als Totengräber des Literaturbetriebes zu denunzieren. Wir hatten keine Buchmanuskripte verhindert, die Herausgabe von Büchern verboten und Schriftsteller unter Verdacht gestellt. Sie besetzten das Ministerium für Kultur und schütteten dem Minister und mir tausend Löffel über den Kopf, mit dem Schlachtruf: „Die Kultur gibt den Löffel ab!“. Die vermeintlich durch uns untergehende Kulturlandschaft der DDR und die Besorgnisse von Künstlern und Kulturschaffenden dienten hier als Vehikel für medienwirksame

Provokationen, deren eigentliche Speerspitze gegen die Einheit der Deutschen gerichtet war. Man wollte die Einheit nicht, sondern eine demokratisch gewendete SED und einen reformierten Sozialismus, um eigentlich so weiter zu machen, wie bisher. Gewiss, der Glaube an die Reformierbarkeit des sogenannten Sozialismus war noch verbreitet, ebenso die Erwartung, in einem souveränen Staat DDR in Frieden, Freiheit, Demokratie und Solidarität leben zu können. Die Hoffnung, dass dies aus eigener Kraft gelingen möge, einte die Aktivisten des politischen Umbruchs, Bürgerrechtler, Künstler, Intellektuelle mit den Hunderttausenden von Teilnehmern an den „Montagsdemonstrationen“ unter dem Motto: „Wir sind das Volk“. Ich erinnere mich daran, dass auch wir, nach der Regierungsbildung, in der Leitung des Ministeriums nicht frei von der Hoffnung waren, die nun endlich errungene Freiheit ausleben zu können, wenn auch nur für den Zeitraum der Legislaturperiode. Doch das Ausleben der demokratischen Errungenschaften mit eigener Kraft und im eigenen Staat gelang nicht. Dem stand die Macht des Faktischen gegenüber. Vierzig Jahre uneingeschränkte Herrschaft einer Partei, ihres Staats- und Repressionsapparates lasteten wie ein Alb auf dem Lande. Das alte Regime hatte das Land so gründlich heruntergewirtschaftet, dass es im Chaos zu versinken drohte. Galoppierender Verfall der Volkswirtschaft und der Finanzen, soziale Unruhe, die sich in täglichen Demonstrationen vor dem Haus des Ministerrates entlud, Furcht vor einer revitalisierten Staatsicherheit und die Präsenz der mächtigen Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte, führten zu einer brisanten politischen Situation. Diese Lage beförderte die Desillusionierung von der Reformierbarkeit dessen, was realer Sozialismus genannt wurde. Zugleich schwand die Zuversicht, mit politischen Wendehälsen und sich demokratisch gebärdenden Künstlern und Intellektuellen einen Neuanfang zu wagen. Die neu errungene Freiheit und Demokratie waren bedroht. Im Kontext zu den Demokratiebewegungen in den osteuropäischen Ländern wuchs die Gewissheit heran, von der historischen Niederlage des „Sozialismus“ und seiner Ideologie. Jetzt gab es nichts mehr fortzusetzen. Der Prozess des politischen Umbruchs in der DDR mündete notwendigerweise und unabwendbar mit dem Ruf der Hunderttausenden von Demonstranten im Lande: „Wir sind ein Volk“, in die Forderung nach einer raschen Einheit der Deutschen.

Wie hat die marode Hinterlassenschaft des alten Regimes im Verantwortungsbereich unseres Ministeriums ausgesehen? Wir haben bald erkennen müssen, dass die Rahmenbedingungen für Kultur und Kunst von falschem Glanze waren. Die ausgereichten Milliarden DDR-Mark vermochten lediglich den Kulturbetrieb aufrecht zu erhalten. Immer dringlicher werdender Investitions- und Modernisierungsbedarf konnte

immer weniger oder gar nicht abgedeckt werden. Noch in der Modrow-Zeit fanden Gutachter des Ministeriums heraus, dass im gerühmten "Leseland DDR" das Bibliothekswesen technisch vor dem Zusammenbruch stand und Kunstwerke, außenpolitischer Vorzeigezwecke wegen, konservatorisch kaum zu retten waren. Für die Beschaffung von dringend erforderlichen Devisen hatte Alexander Schalck-Golodkowski im Auftrage der SED Plünderzüge durch unsere Museen organisieren lassen. Die herausgeholtten Kunstgegenstände sind dann in Mühlenbeck bei Berlin in ein hoch gesichertes Depot verbracht worden, und dort einer zahlungskräftigen internationalen Kundschaft feilgeboten worden. Zum Angebot gehörten auch Spitzenantiquitäten. Wir hatten die Staatsanwaltschaft daran gesetzt um herauszufinden, wie ein solcher Deal vonstatten ging. Denn auch nach DDR-Recht durfte Kulturgut von nationalem Rang nicht verkauft und nicht in das Ausland exportiert werden. Wie es sich herausstellte, waren hier dienstbare Genossen Kunsthistoriker am Werke, die für die „Sieger der Geschichte“ Spitzenantiquitäten mit neu verfassten, abwertenden Expertisen für den Verkauf geeignet machten. Über eine doppelte Buchführung ließ sich dann der Transfer durchführen. Zum Schluss sind auch Kopfsteinpflaster von historischer Straßenbedeckung, alte Gaslaternen und gusseiserne Wasserpumpen, die unsere Straßen zierten, im Angebot gewesen. Das Land war auch in Hinsicht auf seine Devisensituation am Ende. Bedrückende Altlasten der SED-Kulturpolitik.

Das mehrheitliche Votum der Wähler vom 18.3.1990 für die rasche Herstellung der deutschen Einheit war vernünftig und zukunftsfähig. Ich wiederhole mich auch an dieser Stelle gern: Es gab keinen anderen Weg um die Errungenschaften der Friedlichen Revolution zu retten. Manche Sonntagsrede und Aufarbeitungen des Geschehens in jenem kurzen Zeitraum, der unsere weitere Geschichte bestimmen sollte, wollen den Anschein erwecken, wie es der ehemalige Außenminister Markus Meckel kritisch anmerkte, „als seien nach dem 9. November 1989 die richtigen Politiker aus dem Westen gekommen, um mit Michail Gorbatschow und Anderen die Einheit zu bewerkstelligen“. Die Ostdeutschen bleiben offensichtlich außerhalb des Geschehens.

Hier ist mit Entschiedenheit klar zu stellen: Die deutsche Einheit ist das Ergebnis eines verhandelten Prozesses mit verschiedenen Akteuren. Die demokratisch legitimierte Regierung der DDR trat dabei als wichtiger Partner in Erscheinung. Wie, auf welche Art und Weise und auf welchen Feldern des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Lebens die Einheit beider Staaten in Deutschland hergestellt und gestaltet werden sollte, zumal im europäischen Kontext, darauf mussten sich beide Seiten auf dem Verhandlungswege einigen.

Andrea Brait:

Wie Sie soeben betont haben, vollzog sich die Einheit auf der Grundlage eines verhandelten Prozesses. Was können Sie zur Verhandlungspraxis sagen und wie ist die zögerliche Verhandlung der Kultur zu erklären?

Udo Bartsch:

Die Auseinandersetzung am Verhandlungstisch bedeutete für uns aus dem Osten eine enorme Herausforderung, galten wir doch zu Beginn für den erfahrenen und erprobten bürokratischen Apparat aus dem Westen als Laienspielgruppe. Diese Haltung sollte sich bald grundlegend verändern. Der Auftakt der Verhandlungen begann verheißungsvoll. In der ersten Sitzung sprach Wolfgang Schäuble, der Verhandlungsführer der bundesdeutschen Seite: „Wir wollen aus den besten Erfahrungen beider Deutschlands auf dem Gesetzesweg im Einigungsvertrag ein neues Deutschland schaffen“. Wenn ich daran denke, dass das Familiengesetz der DDR besser war und manches im Bildungsbereich – wie Ganztagschulen, Sportunterricht, Kinderbetreuung – im Westen noch verpönt und jetzt nach Jahrzehnten als eine ganz neue Erfindung gefeiert werden, da waren wir zu Beginn über den Tenor sehr erfreut. Doch die Vision von Schäuble zu Beginn scheiterte schrittweise mit der Entschleierung der wahren wirtschaftlichen, finanziellen und ökologischen Situation der DDR, die sich als 7. Industriemacht in der Welt verstand. Dieses Faktum erleichterte unsere Verhandlungsposition nicht, im Gegenteil, es musste letztlich über so demütigende und entwürdigende Angelegenheiten gestritten werden, wie über die Anerkennung von Berufsabschlüssen, von akademischen Zeugnissen und wissenschaftlichen Graduierungen. Der Kraftfahrer des Ministers beispielsweise, der sich auf exzellente Weise in seinem Beruf bewährt hatte, als Panzerfahrer in der „Volksarmee“ gedient hatte und nun die gepanzerten Dienstfahrzeuge in unserem Fuhrpark bediente, sollte nun nachweisen, ob er überhaupt ein Fahrzeug bewegen könne. Die aprobierte Krankenschwester musste unter Beweis stellen, dass sie eine Spritze setzen konnte. Der Beruf des Denkmalpflegers genoss in der DDR einen hervorragenden Ruf. Uns wurde die Anerkennung des Berufs verwehrt, weil dieser Berufsstand in der BRD unbekannt war. Die Probleme entstanden durch den Widerstand der alten Bundesländer. Das Grundgesetz sichert ihnen nicht nur die Kultur- sondern auch die Bildungshoheit zu. Hier wollten sie sich nicht rein reden lassen und diese Angelegenheiten schon gar nicht vom Bund verhandelt wissen. Weil wir die Verhandlungen zur Einheit nicht scheitern lassen wollten, sind bestimmte strittige Themen ausgesetzt worden ,

mit der erklärten Absicht, sie später zu entscheiden. Das ist in der Verhandlungsführung durchaus vernünftig gewesen, um den Vertragsabschluss nicht zu gefährden.

Die Verhandlungen in der Endphase ließen erkennen, was wir aus dem Osten künftig im geeinten Deutschland zu erwarten hatten. Es war eine spannende Zeit mit Gewinn und Verlusten, Fortschritt und Rücknahme. Für mich persönlich ein Lehrstück über den künftigen Umgang miteinander. Die politische Einheit Deutschlands begründete keine „Insel der Glückseligkeit“. Die Archetypen des Denkens und Handelns wirkten fort. Das Sehnsuchtsbild vom anderen Deutschland, von der alten Bundesrepublik, das ich mir in Zeiten der Bedrängnis in der DDR zurechtgelegt hatte, taugte jetzt nicht mehr. Gewiss, es war mit einer Heilserwartung verbunden, die keiner Realität standhalten konnte.

Andrea Brait:

Vertiefen wir doch die soeben angesprochene Verhandlungsproblematik um das beharrliche Bemühen, die Angelegenheiten von Kultur und Kunst in das Vertragswerk aufzunehmen.

Udo Bartsch:

Die Kulturlandschaft in Ostdeutschland, der Reichtum des kulturellen Erbes, die hohe Wertschätzung von Kultur und Kunst als ein Lebensbedürfnis zahlreicher Menschen und als unverzichtbarer Bestandteil der demokratischen Neugestaltung der DDR per se überzeugten zunächst nicht, für die Einheit Deutschlands verhandelt zu werden. Unterschiedliche Interessen und Widerstände auf bundesdeutscher Seite standen dem entgegen. Zum einen beförderte die Vorstellung, dass der Bund die Kultur verhandeln sollte und dabei Kompetenzen gewinnen könnte, den latenten Argwohn der alten Bundesländer, ihr letztes Refugium politischen Gestaltens, die Kulturhoheit, würde angetastet werden. Andererseits galt ihnen das kulturpolitische Handeln des Bundes ohnehin als „taube Blüte“, weil ihm die grundgesetzliche Legitimation fehle. So blieb zunächst offen, ob die Kultur überhaupt Eingang in den Einigungsvertrag finden sollte. Zu dem mahnten kräftige Stimmen im Westen, in Politik, Verwaltung und in Künstlerkreisen an, dass es in der DDR überhaupt keine kulturelle Substanz gäbe, die im geeinten Deutschland zu bewahren, zu schützen oder gar zu fördern sei. Die Protagonisten solcher abwertenden Urteile waren davon überzeugt, dass Kultur und Kunst gänzlich im Staatsauftrag der DDR und in den Indoktrinationsabsichten

der SED aufgegangen sind. Ihre Indienstnahme durch Partei und Staat habe die Künstler zu Interpreten der Ideologie werden lassen, ihre Werke dienten schlichtweg der Parteipropaganda. Von diesem Verständnis her, einer dem Machtanspruch der Kommunisten erlegenen Kultur, hegten sie tiefe Zweifel an der Existenz einer, wie auch immer zu interpretierenden kulturellen Substanz. Dieser Tenor liegt dem Aufsatz von Georg Baselitz zu Grunde, den er für die Zeitschrift „arte“, Nr.6 im Juni 1990 verfasste. Er eröffnete mit seiner Abrechnung der Bildenden Kunst der DDR einen „Kalten Krieg der Ästhetiken“. „Es gibt keine Künstler in der DDR, alle sind weg gegangen“, schreibt er. Die Gebliebenen, die Heisigs und Mattheuers sind zu Propagandisten der Ideologie verkommen“. Ein solches Verdikt über die DDR-Kunst traf beispielsweise auch Ost-Schriftsteller, die sich beim „Literaturfonds“ der Bundesrepublik um Stipendium und Förderung beworben hatten. Ihre Anträge sind fast ausschließlich mit der Bewertung abgelehnt worden, die eingereichten Arbeiten seien nicht artifiziell, sondern von publizistischer Qualität und deshalb für eine Förderung ungeeignet. In „das selbe Horn“ stieß der renommierte Regisseur Volker Schlöndorff, als er im Presseinterview die DEFA mit der Äußerung pauschal abwertete, ihre Produktionen seien furchtbar. Es war die „Zeit der Abrechnungen und Verdächtigungen“, wie sie Rolf Schneider charakterisierte, die das Credo beförderte, die DDR-Kunst solle doch den „Weg alles Zeitlichen“ gehen und möglichst rasch verschwinden. Gewiss, in den 40-Jahren der Existenz von Partei, Staat und sogenannten Massenorganisationen entstanden in allen künstlerischen Genres bestellte Werke des Jubels. Mit hochdotierten Auftragswerken feierten die vermeintlichen „Sieger der Geschichte“ sich selbst. Oden an die Partei, rühmten ihre Weißheit, „denn sie hatte immer recht“, wie es im Refrain eines musikalischen Machwerks heißt. Und wenn die Landwirtschaft wieder einmal kümmerte, sollten „Kartoffelkantaten“ und „Maislieder“ in Agitprop-Manier für den rechten Schwung sorgen. Rosarote Schnörkel, revolutionärer Kitsch und Talmi in hohen Auflagen, mit denen sich die Genossen in Partei und Staat den grauen Alltag der DDR zu schönen und ihre Politik auf zu hübschen suchten. Davon galt es sich rasch zu trennen, das musste entfernt und in Depots verbracht werden, weil es keine Zukunft hatte. Darüber bestand bei allen, die über die Angelegenheiten von Kultur und Kunst der DDR verhandelten, ungeteiltes Einvernehmen. Diese parteipolitisch-propagandistische Seite des Kulturbetriebes hatte nichts zur Opulenz von Kultur und Kunst der DDR beigetragen.

Wenngleich im Detail auszuhandeln, so bestand von Anbeginn bei unseren Partnern im Bundesinnenministerium Konsens darüber, unbedingt jenes Kulturgut dem geeinten Deutschland anzuvertrauen, das den Reichtum der Kulturlandschaft in Ost-

deutschland begründete. Ich kann an dieser Stelle leider nur vage andeuten, worauf sich meine Aussage bezieht: die Rede ist von Opernhäusern, Theatern, Klangkörpern, Museen, Galerien, Sammlungen, Bibliotheken, von Schlössern und Gärten mit Weltgeltung. Gemeint sind ein künstlerisches Schaffen und Kunstwerke von internationalem Rang, das Erbe der Weimarer Klassik und ihre Erinnerungsorte, die musica sacra, Bach und Schütz, Thomanerchor und Kruzianer, Gedenkstätten der Literatur und Bildenden Kunst, Mahnmale der Geschichte, das Bauhaus und Palucca und vieles mehr. Diesen Reichtum galt es zu sichern, zu schützen, für die Förderung zu öffnen und möglichst aus den Sparzwängen herauszuhalten. Das war ein Schwerpunkt unseres Regierungsauftrages und unsere persönliche Überzeugung. Doch das Land befand sich, wie bereits angesprochen, in einer desolaten Wirtschafts- und Finanzsituation. Umstellungsschwierigkeiten infolge der Wirtschafts- und Währungsunion machten sich deutlich spürbar, alle Fixkosten stiegen. Erste Auflösungserscheinungen des Kulturbetriebes, die in der Modrowzeit einsetzten, mussten aufgefangen werden. Hatte die Verwirklichung des Regierungsziels „Kultur soll Ausdruck unserer Freiheit sein“ überhaupt eine Chance? Verantwortliches Handeln bedeutete in dieser Lage, unverzüglich Übergangslösungen auf die zu erwartende Einheit finden zu müssen. Darüber mit dem Partner in der Bundesrepublik nicht zu verhandeln, weil die Altbundesländer Kompetenzverluste an den Bund als deren Verhandlungsführer befürchteten, war für uns gänzlich inakzeptabel. Mehr noch: Wir waren grundsätzlich davon überzeugt, dass die angestrebte Einheit nicht nur politisch, wirtschaftlich, sozial und ökologisch herbeigeführt werden musste. In unserem Verständnis konnte die innere Einheit in Deutschland nur dann gelingen, wenn die Subjektivität der Menschen, ihre Gefühle, ihre Traditionen, ihre kulturellen Interessen und das Gemeinsame, das nach 40-Jahren der Teilung immer noch Verbindende, berücksichtigt und Bestandteil der Übereinkunft wird. Wir beharrten deshalb energisch auf der kulturellen Dimension der Einheit und drängten an den Verhandlungstisch. Unser Drängeln blieb nicht ohne Erfolg! Versöhnlicher als die strikte Ablehnung erschien der Kompromiss, Kultur gemeinsam mit dem Sport verhandeln und in einem Kapitel in den Einigungsvertrag aufnehmen zu wollen. Das Angebot war zwar gänzlich unangemessen, sowohl für die Kultur als auch für den Sport, bedeutete aber einen gewissen Fortschritt in die richtige Richtung. Die Entscheidung schließlich, Kultur als eigenständigen Gegenstand in die Verhandlungen aufnehmen zu wollen, und ihr ein eigenes Kapitel im Einigungsvertrag zu widmen, entsprach endlich ihrer Bedeutung in der Gesellschaft und ihrem geschichtlich gewachsenen Selbstverständnis. Das Votum für die Kultur kann in seiner Tragweite nicht hoch genug eingeschätzt werden, trug es doch einem umfassen-

den, komplexen Verständnis davon Rechnung, was zusammen kommen sollte. Damit veränderte sich grundlegend der Charakter der künftigen Übereinkunft zur Einheit Deutschlands. Doch das Verhandlungsdrama fand noch keinen Abschluss, im Gegenteil, es drohte in einen tragischen Handlungsverlauf zu münden. Die Auffassung des Partners, dass sich die beiden Innenministerien auch auf diesem Feld der Verhandlungen begegnen sollten, einfach aus der Tatsache heraus, dass die Kultur in der BRD im Innenministerium ressortierte, war für uns unannehmbar und bedeutete einen Rückschlag. Dieser formale Aspekt, der die bundesdeutsche Seite betraf, konnte und durfte nicht für uns von der Bedeutung sein, dass die, nach der Geschäftsordnung der Regierung der DDR zuständige Einrichtung, das Ministerium für Kultur, an den Verhandlungen zur Kultur herausgehalten wurde und in den Entscheidungen außen vor blieb.

Die zweite Verhandlungsrunde zum Einigungsvertrag fand am Sitz des Ministerpräsidenten im Alten Stadthaus in Berlin ohne Beteiligung des Ministeriums für Kultur statt, obwohl Fragen der Kultur zur Behandlung anstanden. Mein Amt als Staatssekretär verschaffte mir den Zugang zum vollbesetzten Sitzungssaal. Da kein Platz für den Vertreter unseres Ministeriums vorgesehen war, nahm ich mit der einzigen freien Sitzgelegenheit, die sich finden ließ, vorlieb. Gestikulierend bedeutete mir Günter Krause vom Verhandlungstisch aus, dass mit der von mir gewählten Sitzordnung etwas nicht in Ordnung sei. Ich hatte das Hinweisschild auf meinem Platz nicht wahrgenommen und befand mich an einem Tisch, der für Berater des Bundeskanzleramtes reserviert war. Somit begann die Präsenz des Ministeriums für Kultur am „politischen Katzentisch“ und auf der falschen Seite. Zum Vortrag durch das Ministerium des Innern der DDR gelangte ein von der Kultusministerkonferenz der Bundesrepublik, dem Bundesinnenministerium und dem Ministerium für Kultur erarbeitetes und gemeinsam verabschiedetes Papier zu Positionen der kulturellen Einigung, mit Empfehlungen für die Verhandlungsführung. Der Sprecher der Ministerpräsidenten der Bundesrepublik, Wolfgang Clement, damaliger Chef der Staatskanzlei von Nordrhein-Westfalen, schmetterte die zur Debatte gestellte Vorlage mit dem Bemerkungen ab, er kenne das vorgetragene Dokument nicht und würde die darin vertretenen Positionen auch nicht mittragen. Da der Vertreter des Innenministeriums der DDR zum Vorgang nicht auskunftsfähig war, bat mich Günter Kraus um Darlegung. Sie endete mit einem Aufsehen, weil der Vertreter der alten Bundesländer erfahren musste, dass die ihm bisher unbekannt gebliebenen und für ihn nicht akzeptablen Vorschläge zur kulturellen Einheit auf der bundesdeutschen Seite seit geraumer Zeit den Konsens zwischen den Kultusministern und dem Bundesinnenministerium bilde-

ten. Die weitere Verhandlung des Tagesordnungspunktes wurde darauf hin abgesetzt und vertagt, Konsultationen und Abstimmung den befassten Gremien auf bundesdeutscher Seite dringend anempfohlen. Günter Krause seinerseits ordnete unverzüglich die Präsenz des Ministeriums für Kultur mit Sitz und Stimme in den Verhandlungen zum Einigungsvertrag, anstelle des Innenministeriums, an. Dieser Vorgang erhellte schlagartig die Kompliziertheit der Verhandlungen, auch die schwierige Situation von Wolfgang Schäuble, der nicht nur als Verhandlungsführer der Bundesregierung fungierte, sondern zugleich stets den Konsens mit den Bundesländern suchen musste und im Falle der Kultur zu dem die Übereinstimmung mit der Kultusministerkonferenz und mit den Ministerpräsidenten. Keine Sternstunde des Föderalismus.

Es muss als eine glückliche Fügung angesehen werden, das die mit der Ausarbeitung des Artikel 35 „Kultur“ im Einigungsvertrag beauftragten Vertreter beider Ministerien sich als politisch Verantwortliche und zugleich als Sachkenner begegneten, die in der streitbaren Auseinandersetzung am konkreten Gegenstand sich schließlich als Partner und Kollegen annahmen. Sie verband das gemeinsame Bemühen, ein vor der Geschichte, vor den Erwartungen der Menschen und vor den tatsächlichen Möglichkeiten standhaltendes Ergebnis vorzulegen. Es war die feste Überzeugung der Beteiligten von der Einheit der deutschen Sprache und Kultur, von den lebendig gebliebenen Beziehungen zu den Kulturräumen und die Hochachtung vor dem kulturellen Erbe und seinen Erinnerungsorten und nicht zuletzt die Hoffnung in deren integrierende Kraft im geeinten Deutschland, die oft ermutigte und zu einem gemeinsamen Vertragstext befähigte. An dieser Stelle sei ausdrücklich Ministerialdirektor von Köckritz, Leiter der Abteilung Kultur im Bundesinnenministerium für seine feinfühlig, sachorientierte, um Konsens bemühte Zusammenarbeit gedankt. Dr. von Köckritz war von Gesinnung und Haltung her ein Herr von Adel. Er gehörte zu den wenigen, welche die Hoffnung auf die deutsche Einheit nie aufgegeben hatten. Er lebte sie, soweit es ihm möglich war. Von Köckritz kannte alles das, was den Reichtum der Kultur im Osten Deutschlands ausmachte. Er wusste, welche Bedeutung das klassische Erbe von Weimar für die Identität der Deutschen hatte, besuchte oft die Wartburg, Luthers Wirkungsstätte, das Bauhaus, Barlachs Gedenkstätte in Güstrow. Er bedachte dabei frühzeitig, was zu bewahren, zu schützen und zu fördern wäre.

Bemerkenswert nimmt sich im Einigungsvertrag das Faktum aus, dass einzig der Artikel 35 „Kultur“ mit einer Erklärung eröffnet wird, der sogenannten Kulturklausel.

„In den Jahren der Teilung waren Kultur und Kunst –trotz unterschiedlicher Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland– eine Grundlage für die fortbestehenden Ein-

heit der Nation. Sie leisten im Prozess der staatlichen Einheit der Deutschen auf dem Weg zur europäischen Einigung einen eigenständigen und unverzichtbaren Beitrag. Stellung und Ansehen eines vereinten Deutschlands in der Welt hängen außer von seinem politischen Gewicht und seiner wirtschaftlichen Leistungskraft ebenso von seiner Bedeutung als Kulturstaat ab“.

Gegnern wie Skeptikern galt der Artikel 35 „Kultur“ als politische Lyrik. Sie verwarfen ihn als Makulatur mit der Behauptung, das Vereinbarte sei nicht belastbar.

Die Bewährungsprobe für die Tragfähigkeit und Verbindlichkeit des Vereinbarten, sollte nicht lange auf sich warten lassen. Noch im Monat der Einheit, im Oktober 1990 meldeten 26 Theater in den neuen Bundesländern die Einstellung der Spieltätigkeit an, weil 10 Mio. DM bis zum Ende des Jahres fehlten. Gestiegene Fixkosten, wachsende Personalausgaben, unabwendbare Reparatur- und Sicherungsleistungen führten dazu, dass die etatisierten Finanzmittel nicht mehr ausreichten. Hier war der Kulturstaat geeintes Deutschland herausgefordert, hier musste umgehend gehandelt werden. In einer „Feuerwehraktion“ stellte die Bundesregierung auf unbürokratische Weise für den Zeitraum bis zum Jahresende 1990 rund 15 Mio. DM für die elementare Absicherung des Kulturbetriebes zur Verfügung. Die für 1991 vom Bund zusätzlich bereitgestellten Finanzmittel in Höhe von 600 Mio. DM für die Erhaltung „kultureller Substanz“, 300 Mio. DM für kommunale kulturelle Infrastruktur, 220 Mio. DM für die Denkmalpflege und 18 Mio. DM zur Minderung von kulturellen Teilungsfolgen, konturierten die Strategie des „finanzierten Zeitgewinns“ für den Neuanfang. Hier ist durch rasches pragmatisches Handeln der Bundesregierung der Artikel 35 „Kultur“ mit Leben erfüllt worden. Mit mehr als 1 Milliarde DM zusätzlich bereitgestellter Finanzmittel für den Erhalt von „Kultureller Substanz“ und von Soziokultur in den Städten und Gemeinden hatte sich der Kulturstaat geeintes Deutschland in die Pflicht genommen. Im Ergebnis konnten wir im Sommer 1991 konstatieren, dass alle Einrichtungen der Kultur und Kunst von nationaler und internationaler Bedeutung materiell aufgefangen und vor dem Zusammenbruch bewahrt wurden. Es war der Mut gewachsen, langfristige künstlerische Produktionen aufzunehmen, aus der Erfahrung und dem Vertrauen heraus, dass die neuen Bundesländer und der Bund für die Pflichten, die ihnen aus dem Einigungsvertrag erwachsen, eintreten.

Andrea Brait:

Sie sprechen davon, dass die vom Kulturministerium verwalteten 22-tausend kulturell-künstlerischen Einrichtungen nach dem Sitzlandprinzip in die Kulturhoheit der

neuen Bundesländer, bzw. in die Obhut des Bundes übergeleitet werden sollten. Sie sahen es dafür als Aufgabe an, alle größeren Objekte mit Dossiers über Zustand der Bausubstanz, Kosten für künstlerisches Personal, für künstlerische Produktionen, Unterhalt des Spielbetriebes usw. zu versehen. Die ermittelten Daten mussten geeignet sein, dem übernehmenden Bundesland als Entscheidungshilfe für die Fortführung des Spielbetriebes zu dienen. In Berlin finden wir eine hohe Konzentration von kulturell-künstlerischen Einrichtungen und zwar in beiden Teilen der bisher getrennten Stadt vor. Die Zusammenführung nach der Einheit muss zu grundsätzlichen Entscheidungen über das Fortbestehen gezwungen haben. Zum Beispiel in Hinsicht auf das Bestehen von nunmehr drei Opernhäusern und von zahlreichen Theatern ist doch die Frage berechtigt, wie viele davon braucht eine Stadt? Das gleiche betrifft die Universitäten, wo man sich als Außenstehender an den Kopf fassen muss, ob es nach der Einheit immer noch vier Universitäten geben muss. Natürlich hat jedes Haus seine eigene Geschichte und wird aus Tradition und kulturpolitischem Eifer gehegt und gepflegt. Die Frage ist aber, braucht das alles eine Stadt?

Udo Bartsch:

Selbstverständlich muss jede Stadt, jede Kommune, jedes Bundesland für sich prüfen und entscheiden, welche kulturellen Bedürfnisse, in welchem Umfang und mit welchem Aufwand es sich finanziell leisten kann und will. In unserm speziellen Fall ging es darum, eine geschichtlich gewachsene, parteipolitisch geleitete und zentralistisch verwaltete Kulturlandschaft in eine föderale Struktur mit freiheitlich-demokratischem Charakter überzuleiten. Dieser Vorgang ist wesentlich ein Prozess der Klärung und Entscheidung über einen eingefahrenen Kulturbetrieb mit liebgewonnenen Gewohnheiten, über die Fortführung oder Abwicklung von kulturell-künstlerischen Einrichtungen und Aktivitäten. Die Ergebnisse sind nicht immer von Jubel begleitet, sondern oft strittig und schmerzhaft. Unserer Strategie des „Finanzierten Zeitgewinns“ für den Neuanfang, liegt die erklärte Absicht zugrunde, diesen Prozess soweit wie möglich nicht als einen rein administrativen Vorgang zu gestalten. Der Bürger selbst sollte beteiligt werden, er sollte eingreifen und mitentscheiden können, welche kulturellen Aktivitäten er als Lebensbedürfnis, als Bestandteil seiner Lebensführung wertschätzte und damit als unbedingt erhaltenswert einforderte. Die Bundesregierung beteiligte sich dafür finanziell für einen begrenzten Zeitraum. Politisch entschieden wir die „Abwicklung“ jener kulturellen Einrichtungen, die dem inszenierten Jubel der SED dienten. Weder der Chor des Ministeriums für

Staatsicherheit, noch das Tanz- und Gesangsensemble der Nationalen Volksarmee hatten eine Chance im demokratischen Deutschland. Die Mädels sahen gut aus, sie sangen und tanzten professionell, aber diesen Verein konnten wir nicht länger bestehen lassen.

In der Tat, die Überleitung von kulturellen Einrichtungen in neue Trägerschaften sollte sich in Berlin komplizierter und zeitaufwendiger gestalten. Das lag in der Sache selbst. Der zentralistische Staatsaufbau der DDR hatte dazu geführt, dass die Kulturlandschaft in Ostberlin-Hauptstadt der DDR- eine hohe Dichte aufwies und eine Vielzahl von Institutionen konzentrierte, die überwiegend überregional oder republikweit wirksam wurden. Es handelte sich um 24 kulturelle Einrichtungen, darunter drei Hochschulen und drei Fachschulen und allein im musikalischen Bereich um so renommierte bis weltbekannte Häuser wie die Staatsoper unter den Linden mit Staatskapelle und Staatsballett, Komische Oper, Metropoltheater, Friedrichstadt Palast mit Orchester und Ballett, das Berliner Sinfonieorchester. Darin lag das Problem für die Überleitung in ein Gesamt-Berlin. Berlin konnte und wollte nicht diese Aufgabe insgesamt und in eigener Verantwortung übernehmen. Erschwerend kam der Umstand hinzu, dass im Land Berlin innerhalb kurzer Fristen die Verhandlungspartner wechselten und damit unterschiedliche, teilweise konträre Auffassungen für uns auszuhalten waren. Letztlich gelang es doch, mit Hilfe einer „Clearingstelle“, 15 Einrichtungen in die Trägerschaft Berlins überzuleiten und fünf Einrichtungen, wie den „Kulturfonds“ einer gemeinsamen Trägerschaft der neuen Bundesländer anzuvertrauen. In die Verantwortung des Bundes sind die Staatlichen Museen zu Berlin (zur Stiftung Preußischer Kulturbesitz), das Staatliche Filmarchiv und der Deutsche Dom übergeleitet worden. Des Staatszirkusses der DDR, eines der wenigen profitablen Kultureinrichtungen, nahm sich die „Treuhand“ an, mit der Suche nach einem freien Träger.

Um die Frage abschließend zu beantworten, welche Gestalt die Berliner Kulturlandschaft mit der Einheit annehmen sollte, bekenne ich aus heutiger Sicht, dass es richtig und von perspektivischer Bedeutung war, die Entscheidungen über Fortbestand oder „Abwicklung“ von Institutionen der Kultur nicht allein den Politikern und ihren Finanzbeauftragten zu überlassen. Unsere Strategie des „finanzierten Zeitgewinns“ gewährleistete einen zeitlichen Rahmen, in dem das Für und Wider streitbar abgewogen und verantwortungsvoll, auf die Zukunft gerichtet entschieden werden konnte.

Berlin zieht heute junge Leute aus aller Welt an. Wir verfügen gegenwärtig nicht nur über drei sondern inzwischen über fünf Universitäten mit 180.000 Studierenden. Bil-

dungsangebot und Lebensbedingungen für Studenten sind im internationalen Maßstab attraktiv, das kulturelle Leben besitzt offensichtlich eine außergewöhnliche Anziehungskraft. Die drei Opernhäuser und die Vielzahl an Theatern haben je ihren Platz im kulturellen Angebot der Stadt gefunden, ihren eigenen, je spezifischen künstlerischen Ausdruck. Gewiss, alle großen Häuser, Staatstheater zumal, werden subventioniert, aber doch nicht aus Prestige Gründen am Leben erhalten. Im Gegenteil. Ihre internationale Strahlkraft sichert ihnen volle Häuser und ein treues Publikum. Auch die zumeist ausverkauften drei Konzerthäuser, Philharmonie, Kammermusik-Saal, und das Konzerthaus am Gendarmenmarkt sind um einen weiteren Ort musikalischer Ereignisse reicher geworden. Der kürzlich seine Premiere feierte „Pierre Boulez-Saal“, der auf Initiative von Daniel Barenboim entstand, gilt heute schon von Gestalt und Akustik her, als eine Sensation, weit über Berlin hinaus.

Andrea Brait:

Lassen Sie mich kurz zurück kommen, auf die Verhandlung des Einigungsvertrages und hier auf den Umgang der Partner miteinander.

Udo Bartsch:

Ich erinnere mich zum Beispiel an Einladungen von Wolfgang Schäuble, Bundesinnenminister und Verhandlungsführer der BRD an Herbert Schirmer und mich zum abendlichen Gespräch beim Wein nach Bonn in das Restaurant „Die Lese“. Herbert Schirmer und ich fragten uns natürlich nach dem Beweggrund für ein solches Treffen und worauf das Gespräch hinaus laufen könnte. Nun scheint diese Form des Umgangs miteinander, außerhalb des Protokolls in Bonn von guter Tradition gewesen zu sein. Die Rheinländer haben manches von der französischen Lebensart im Blut, was von uns Preußen erlernt werden muss. Wir fanden bald heraus, dass dieses Zusammentreffen am Rande des offiziellen politischen Geschäfts richtig, vernünftig und von Gewinn für beide Seiten war. Bei Besuchen der Partner in Berlin revanchierte sich unser Haus mit dem gemeinsamen Besuch von Aufführungen der Deutschen Staatsoper. Unsere Verhandlungspartner kannten die Genossen der SED, man führte über die Jahre Gespräche und verhandelte Dinge miteinander von gegenseitigem Interesse. Man wusste um die politischen Spielräume und konnte in etwa die Personage im Osten, ihr Verhalten und die Handlungsmuster einschätzen.

Die neuen, demokratisch legitimierten Repräsentanten der DDR waren eine „terra inkognita“. Man kannte sie zumeist nicht und sie galten im politischen Geschäft ebenso unerfahren, wie in Angelegenheiten der Verwaltung. Etwas hochnäsiger argwöhnte der westdeutsche Partner, sich mit einer „Laienspieltruppe“ auseinandersetzen zu müssen, denen man aber ein „reines Herz“ unterstellen wollte. Es gab in dieser Hinsicht eine gewisse Verunsicherung nach der Enttarnung von Wolfgang Schnur, dem Hoffnungsträger des „Demokratischen Aufbruchs“. Das MfS hatte daran gearbeitet, die Bürgerrechtsbewegung zu unterwandern, in der Hoffnung, das alte Regime retten zu können. Wes Geistes Kind also waren die Neuen? Konnte man sich auf sie als seriöse Partner verlassen? Oder hielten sie irgendetwas versteckt, über das hinaus, was an Schäden und Kosten allmählich offenbar wurde? Wir verhandelten schließlich die Einheit mit der Absicht, künftig in Deutschland die Verantwortung teilen zu wollen. Deshalb war es wichtig für beide Seiten, sich Gewissheit zu verschaffen, über Gemeinsamkeiten, das Verbindende. Über das politische Tagesgeschäft hinaus, in gelöster Atmosphäre und persönlicher Nähe Vertrauen zu wagen, aufzubauen, war für beide Seiten nützlich und wichtig. „In vino veritas“! In diesem Verständnis haben wir es im Ministerium gelassen hingenommen, wenn die eine oder andere, sich als Vertreter einer politischen Stiftung ausgebende Person, tatsächlich im Auftrage des Verfassungsschutzes oder des BND solcher Art Studien zur Vertrauensbildung betrieb. Schließlich rang es mir nur noch ein Schmunzeln ab, wenn ein unauffälliger Herr an die Pforte des Ministeriums klopfte, um nach meinem Seelenheil zu forschen. Ich verstand ja den Wissensdurst, bevor man sich vereinigte.

Der renommierte Historiker Peter Graf von Kielmansegg beendete seine Würdigung des 25. Jahrestages der Unterzeichnung des Einigungsvertrages am 31. August 2015 mit den Worten: „Für den Einigungsvertrag wird man sagen können, dass er, alles in allem, den Test der Geschichte bestanden hat. Er hat, was die beiden Seiten einander zumuteten, zumuten mussten, in eine erträgliche Balance gebracht. Und das heißt ja auch: In diesem historischen Augenblick standen zu Deutschlands Glück die richtigen Männer am richtigen Platz“. Ich denke, wir aus dem Osten Deutschlands haben mit der Verhandlung der kulturellen Angelegenheiten für die Einheit unseren angemessenen Beitrag zu diesem Erfolg als seriöse, verlässliche und streitbare Partner geleistet. Unser Beharren auf der kulturellen Dimension hatte mit den Festlegungen des Kulturparagrafen den Charakter der Übereinkunft für die Einheit in Deutschland grundlegend verändert. Ausschließlich an dieser Stelle wendet sich der Einigungsvertrag den Folgen der Teilung in der geistigen Welt der Menschen, in ihren Denkweisen, Empfindungen, Sinn- und Lebensansprüchen, in ihrer Subjektivität zu

und weist Wege zu ihrer Überwindung auf. Es ist die Hoffnung in die integrierende Kraft der deutschen Sprache, und Kultur, die Hochachtung vor dem kulturellen Erbe und lebendig gebliebene Beziehungen zu den Kulturräumen, für die im geeinten Deutschland die materiellen, finanziellen und institutionellen Voraussetzungen und Bedingungen vertraglich gesichert wurden. Die Kulturklausel, um die wir lange gerungen hatten, bringt diese gemeinsame Erwartung auf den Punkt. Da heißt es programmatisch :“ in den Jahren der Teilung waren Kultur und Kunst –trotz unterschiedlicher Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland- eine Grundlage der fortbestehenden Einheit der Nation. Sie leisten im Prozess der staatlichen Einheit der Deutschen, auf dem Wege zur europäischen Einigung einen eigenständigen und unverzichtbaren Beitrag. Stellung und Ansehen eines vereinten Deutschland in der Welt hängen außer von seinem politischen Gewicht und seiner wirtschaftlichen Leistungskraft ebenso von seiner Bedeutung als Kulturstaat ab“.

Andrea Brait:

Alle Menschen, die jemals aus der DDR offiziell ins Ausland gereist sind, die einen Auftrag des Ministeriums für Kultur hatten, kamen immer mit der Direktive, das Gegenteil zu behaupten. Bei Gesprächen und Verhandlungen sollte jede Andeutung auf das Bestehen einer gesamtdeutschen Kultur, Sprache und Literatur verneint werden. In diesem Sinne wurden die Menschen in der DDR über Jahrzehnte indoktriniert bzw. so wurde es nach außen linientreu vertreten. Zu bedenken bleibt, dass in diesem Geist eine ganze Generation in der DDR geboren wurde und herangewachsen ist.

Udo Bartsch:

Im Jahre 1974 wird die Formulierung „deutsche Nation“ aus der Verfassung der DDR gestrichen. Die offizielle Behauptung, dass die gegensätzliche gesellschaftliche Entwicklung in beiden deutschen Staaten, auch deren ursprüngliche geistig-kulturellen Gemeinsamkeiten aufgelöst oder gar ausgelöscht hätten, ist eine politisch gewollte und gezielt eingesetzte Desorientierung. Ich werte sie als Ausdruck des zwanghaften Bemühens, sich von der bürgerlich-kapitalistischen BRD abgrenzen zu müssen, um sich selbst als souveränen Staat behaupten zu können. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des strategischen Ziels, die politische Spaltung vollenden zu wollen und dem selbsterklärten „ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden“ mit dem sogenannten „neuen Menschen“ und der „sozialistischen Menschengemeinschaft“

eine originäre Gestalt zu geben. Das schließt unbedingt ein, sich als eigenständige Kulturnation auszugeben, mit eigenen, insbesondere aus der plebejisch-proletarischen Geschichte und sozialistischen Utopien hergeleiteten Traditionslinien. Eine eigene Sprache reklamieren zu wollen, kann nicht ernst genommen werden. Skurrile Wortschöpfungen, die trotzig westlichen Modewörtern und Begriffen aus dem überkommenen Brauchtum dagegen gehalten werden, wie Broiler statt Chicken, Krusta statt Pizza, Grilletta statt Hamburger, Winkelement für Fähnchen, Jahreszeitfigur für Engel oder Erdmöbel für Sarg usw. machen keine originäre Sprache aus. Selbst dann nicht, wenn man die Diktion, Sprachregelung und gestanzten Redewendungen offizieller Vorträge und Verlautbarungen, mit der qualvollen Aufzählung sämtlicher Titel und Funktionen des Vortragenden, hinzurechnen wollte. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass Indoktrination und uneingeschränkte Herrschaft der SED Gemeinsamkeiten der Deutschen erodierten und die Behauptung von der Spaltung der Kulturnation stützten und befestigten. Die Abriegelung des Landes mit „Mauer und Stacheldraht“ tat ihr Übriges, Lebensadern der Begegnung und des Umgangs der Menschen aus Ost und West miteinander zu kappen und gewaltsam ein gesellschaftliches Biotop DDR entstehen zu lassen. Hier wachsen aus der Not der Zeit und den zwingenden Maßgaben des „vormundschaftlichen Staates“, denen man nicht ausweichen kann, eigentümliche Lebens- und Verhaltensweisen heran und vielschichtige Verhaltensmuster im Umgang mit dem Regime. Ich behaupte zu dem, dass die brutale Erfahrung des niedergeschlagenen Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 bereits wesentlich Anteil hatte, an der spezifischen Ausformung des sozialen Bewusstseins von DDR-Bürgern. Denn die Niederlage ging einher mit dem Trauma, vom Westen verraten worden zu sein. Welche Zwänge auch immer das Stillhalten des Westens in dieser Situation bestimmend gewesen sein mögen – entgegen allen offiziellen Versprechungen und salbungsvollen Beteuerungen von Politikern des Westens und der Alliierten, den Ostdeutschen helfen, ihnen Beistand leisten zu wollen, wenn „Not am Mann“ ist, einzugreifen, wenn ein starker Wille zur „materiellen Gewalt“ werden sollte, sich des SED-Regimes zu entledigen, sind bitter enttäuscht worden. Tief in das soziale Bewusstsein hat sich die Erfahrung eingeprägt, uns im Osten hilft keiner, wenn es darauf ankommt. Wir müssen mit unserem Leben, mit unserem Schicksal im Osten Deutschlands selbst fertig werden. Mein Vater war am 17. Juni 1953 in Berlin dabei. Als Kind musste ich nun erneut, nach der Vertreibung der Eltern aus ihrer angestammten Heimat, die schmerzliche politische Ernüchterung und die Neuorientierung des Lebens meiner Familie erfahren.

Unter den Bedingungen von „Mauer“ und Diktatur nach 1961 wurde die Frage, wie ich mein Leben einrichte unter Verhältnissen, die sich offensichtlich nicht in absehbarer Zeit verändern lassen, zur wichtigsten Herausforderung für jeden, der sich bewusst seinem Schicksal in der DDR stellte. Es gab mit Anstand gelebtes Leben- und das nicht selten. Andere sagten sich „schieß drauf, ich will Karriere machen, ich taue nicht zum Märtyrer“. Viele sahen keine Perspektive mehr, unter den herrschenden Zuständen ihr Leben meistern zu können und unternahmen es, trotz Lebensgefahr und Strafandrohung, das Land zu verlassen. Ich selbst versuchte es mehrfach ohne Erfolg und hatte die Konsequenzen der „wild gewordenen Staatsmacht“ bis zum Ende der DDR ertragen müssen. Nach 40 Jahren, am Ende des SED-Regimes, treffen wir im Osten auf das Selbstbewusstsein von Menschen, die eine Diktatur überwunden haben, auf eine neue, selbstbestimmte Art der politischen Kultur. Sie weigern sich mit der Wiedervereinigung ihre Erfahrungen, ihre persönlichen Biografien, ihre Wertvorstellungen und Lebensentwürfe einfach abzulegen, wie einen „alten Mantel an der Garderobe“. Denn beides geht nicht auf im politischen und wirtschaftlichen Desaster der DDR, in Verstrickung mit der Macht und ihrer Staatssicherheit. Ich wiederhole es bewusst, es gab mit Anstand gelebtes Leben und eine Sensibilität für soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Würde. Lothar de Maiziere hatte dieses soziale Gespür gleichsam als Mitgift für die Einheit angeboten. So lagen denn die Lebenswege der Westdeutschen und der Ostdeutschen offensichtlich weiter auseinander als erhofft und angenommen, fasste Altbundespräsident von Weizsäcker seine Erfahrungen am Ende des ersten Jahres der Einheit zusammen. Die Euphorie des gemeinsamen Neubeginns verlor sich bald bei der Ankunft im Alltag. Folgen der Teilung in der geistigen Welt, in der Subjektivität der Menschen werden spürbar und wirken als geistig-mentale Unterschiede fort, beiderseits Unlustgefühle freisetzend, statt des Verständnisses füreinander. Die innere Einheit zu erreichen, war deshalb keine Angelegenheit der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, der Angleichung der Sozialsysteme, der materiellen Situation der Menschen im Osten, von Rechtssicherheit, Reise- und Meinungsfreiheit allein. Die Einheit konnte auf Dauer nur gelingen, wenn auch Leitbilder und Wertmuster des Lebens sich angleichen, Motive des gemeinsamen Stolzes und Anlässe von nationaler Identifikation die Menschen in Ost und West verbanden. Für den Weg zur inneren Einheit in Deutschland entstand hier auf den ersten Blick ein Problem. Das war nicht zu leugnen. Hatten die Kommunisten am Ende doch recht behalten mit der Behauptung, eine geistig-kulturelle Gemeinschaft zwischen den Deutschen in Ost und West sei nicht mehr vorhanden und die Einheit der Kulturnation aufgelöst? Hier tat sich für die Verhandlung der kulturellen Angele-

genheiten eine Grundfrage auf. Gab es einen „gemeinsamen kulturellen Nenner“, auf dem sich Ost und West wiederfand? Wo sollte man ansetzen? Bis zu welchem Punkt im geistig-kulturellen Leben der Nation musste zurückgegangen werden, wo es als das Gemeinsame und Verbindende akzeptiert und angenommen wurde? Was hält die Deutschen immer noch zusammen, wenngleich sie unterschiedliche Lebenswege gegangen sind? Zunächst mutet es kurios an, dass die Genossen des Ministeriums für Kultur mit ihrer Behauptung etwas leugneten, wofür man sie, ihrer patriotischen Haltung wegen, loben sollte. Sie verleugneten schlichtweg die Existenz und Tätigkeit von traditionsreichen Literatur- und Sprachgesellschaften und deren gesamtdeutsche Projekte, die ihnen als Aufsichtsbehörde anvertraut waren. Diese alt ehrwürdigen Institutionen und ihre Tätigkeit wirkten gleichsam als „geistiger Kitt“ der geteilten Nation. Die „Schiller-Nationalausgabe“ und deren Edition, wie die „Goethegesellschaft“ als literarische Vereinigung, haben die Zeit der politischen Teilung als gemeinsame Projekte ungeteilt überstanden. Weimar galt auch in den 70er und 80er Jahren als ein Medium der deutsch-deutschen Verständigung im geteilten Land. Insofern erbrachte es eine wesentliche Leistung zur Fortexistenz der kulturellen Identität der gespaltenen Nation. Sollte sich das nicht den Genossen erschlossen haben? Wohl kaum. Fasst man zu dem verstreute, partielle Antworten auf unsere Fragestellung zusammen, dann stützen sie das Ergebnis einer, im Auftrage des Bundesinnenministeriums erstellten INFAS-Umfrage zum Kulturverhalten im Osten und im Westen Deutschlands. Erkennbar wird eine kräftige Strömung kulturellen Traditionen verpflichteten Verhaltens, die Ost und West miteinander verbindet und in den Jahren der Teilung die fortbestehende Einheit der Nation begründet. Dieses kulturelle Verhalten lebt aus der hohen Wertschätzung des Erbes von Literatur und Kunst, von den Botschaften der Klassik und aus einem aktiven Umgang mit den traditionellen kulturellen Einrichtungen. Daraus ist der Schluss zu ziehen, dass trotz der staatlichen Teilung am Ende das kulturelle Gedächtnis der DDR-Bürger stärker der bürgerlich-deutschen Nation und ihrem kulturellen Erbe verpflichtet blieb und es nicht gelungen ist, Identität und Legitimität einer sozialistischen deutschen Nation im individuellen Bewusstsein zu befestigen. Zu diesem Schluss gelangt der Literaturwissenschaftler, Historiker und ehemalige Präsident der Weimarer Gedenkstätten der Klassik Lothar Ehrlich. An dieser Stelle setzen die Intentionen der Verhandlungspartner im Einigungsvertrag an, wenn sie Kultur und Kunst als eine Grundlage der fortbestehenden Einheit der Nation reklamieren. Das gemeinsame kulturelle Erbe, die in der Geschichte gewachsenen Kulturlandschaften mit ihren Erinnerungsorten, Bauten und Kunstwerken von nationalem und internationalem Rang und nicht zuletzt die

deutsche Sprache eröffneten die Chance, zu den Wurzeln der weiterbestehenden Einheit der Nation zu finden und bewusst werden zu lassen. Der Umgang mit ihnen sollte das gemeinsam Gelebene erleben und erfahren lassen. Darin lag die Hoffnung begründet, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen und ihre Verbundenheit miteinander stärken zu können, in der Kulturnation Geborgenheit zu finden und damit dominierende Probleme der geistigen Integration überwinden zu helfen. In diesem Verständnis avancieren Kultur und Kunst als unersetzlich und unverzichtbar für die Einigung der Deutschen.

Ich habe mich bewusst bei diesem Thema aufgehalten, weil die Kernaussage der „Kulturklausel“, auch 25 Jahre nach vollzogener politischer Einheit, in den Herausforderungen der Zeit von heute, bedeutend geblieben ist. Wir finden in Staat und Gesellschaft eine Situation vor, in der ein Verlust an nationaler Identität und Unkenntnis der eigenen Interessen zu beklagen ist. „Wir wissen nicht, wer wir sind. Das ist die deutsche Frage, sie gilt heute mehr denn je“, beschreibt der Historiker Arnulf Baring die Lage. Die Vergewisserung in der Geschichte, die Selbsterfahrung im Umgang mit Kultur und Kunst und die Aneignung der Botschaften unseres klassischen Erbes von persönlicher Autonomie, Verantwortung und national-kultureller Identität sind und bleiben wichtig.

Andrea Brait:

Ende der 80er Jahre wird die Welt des „realen Sozialismus“ von tiefgreifenden Erschütterungen heimgesucht. Wie haben Sie in der DDR Gorbatschows Politik von Glasnost und Perestroika erlebt?

Udo Bartsch:

Die kulturpolitische Zeitung „Sonntag“ titelte ganzseitig : „Gewitterschwüle lastet auf dem Land“ und traf damit genau die gesellschaftliche Atmosphäre und das Lebensgefühl vieler Menschen in diesen Jahren. Journalistische und künstlerische Medien der „Freunde“ aus dem „Land des Sieges“, das vorgab, bereits die Grundlagen für den Kommunismus zu errichten, hatten maßgeblichen Anteil an der aufkommenden Unruhe und allgemeinen Verunsicherung. Der „Sputnik“, die modern aufgemachte Monatszeitschrift der Sowjetunion in deutscher Sprache erhielt plötzlich von ihren Inhalten her, eine herausragende Bedeutung und bisher nicht gekannte Verbreitung. Unglaubliche Vorgänge, nie Gesagtes, nie Ausgesprochenes aus der Welt des Sozia-

lismus werden mit einem Mal öffentlich. Da ist die Rede von Korruption und Rauschgifthandel, von Stalins Verbrechen und vom Gulag, vom Mord an den polnischen Offizieren im Wald von Katyn, zu dem sich jetzt die Sowjets bekennen. Bei manchem, der immer noch ein romantisch verklärtes Bild vom Sowjetland pflegte und der Jugend als aufrichtendes Beispiel einer menschenfreundlichen Gesellschaft anempfahl, wollte bei der Aneignung von Literatur und Filmen der 80er Jahre so recht keine Freude aufkommen über das, was in erschütternden Bildern schonungslos und rigoros der Öffentlichkeit preisgegeben wurde. Die Begegnung mit der eigenen Lebenslüge, bisher tiefinnerlich verborgen, verhieß nichts Gutes und führte zu dramatischen Schockerlebnissen. Als Seismographen gesellschaftlicher Entwicklung und Veränderung werden in den Künsten jahrzehntelang lastende Widersprüche abgetragen. Mühsam und oft qualvoll dringen Künstler zu verdeckt gehaltenen Wahrheiten der Geschichte vor und leuchten ihre dunklen Seiten aus. Im krassen Gegensatz zur Staatskultur des „Sozialistischen Realismus“ steigt mitunter in den neuen Werken eine „schwarze Welt“ auf. Die Kunst der Perestroika zeigt sich vielgestaltig, widerspruchsvoll und unabgeschlossen, aber mit einem starken moralischen Gestus. Entsetzt fragen sich die „Gralshüter der Dogmen“ vom realen Sozialismus im Politbüro, im ZK der SED, was geschieht hier? Wie ist so etwas möglich? Und „tscho djelatch“, „Was tun?“, wie Lenin sich selbst und die Partei in einer Krisensituation nach einer Erfolg versprechenden Strategie und Taktik befragte. Viele Genossen im Lande spürten bereits, dass ihre so sicher und von der Sowjetunion behütet geglaubte Welt in Bewegung geraten ist und blicken mit Schaudern in einen Abgrund, von dem die Kunstwerke der „Perestroika“ eine Ahnung vermitteln. Nie zuvor ist den Slawisten der Humboldt Universität und der Akademie der Wissenschaften eine so große Bedeutung zu gewachsen, wie jetzt. Von ihnen erwartete man Aufklärung über die Vorgänge in der Sowjetunion, Deutung der politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und Orientierung für das eigene Verhalten und vielleicht den Hoffnungs-schimmer für eine Zukunft. Ich erinnere mich an ein Gespräch mit der Dekanin der Slawistischen Fakultät mit jungen Genossen, die aufgeregt die altkommunistische Patriarchin der HUB danach befragten, wie denn mit den Enthüllungen über die Stalinzeit umzugehen sei. Sichtlich erschüttert über die jüngsten Ereignisse vermochte sie nur mit einer Gegenfrage zu antworten: „Was geschieht, wenn wir alle Verbrechen und Schrecknisse der Vergangenheit offenlegen und uns dazu bekennen? Womit müssen wir rechnen, wenn die Fehler und Versäumnisse der jüngsten Entwicklung in der Sowjetunion bekannt werden? Wir müssen mit einem politisch-ideologischen Dammbbruch rechnen, der auch unsere Erfolge, ja uns selbst wegsü-

len wird.“ Das greise Politbüro und die Staatsmacht kamen zu dem Schluss, den „Geist des neuen Denkens“ nicht ins Land zu lassen. Kurzer Hand wird der „Sputnik“ verboten, Neuerscheinungen sowjetischer Belletristik nicht mehr ausgeliefert, die Aufführung von Filmen der Perestroika blockiert. Keinesfalls durfte durch die Konterbande eine Auseinandersetzung mit den jüngsten Ereignissen in der Sowjetunion angestoßen und öffentlich werden. Der Diskurs über „Neues Denken“, Glasnost und Perestroika musste unterbunden, um jeden Preis verhindert werden. Erinnerunglich ist mir eine Situation geblieben, bei der Schauspieler aus dem „Freundesland“ die DDR bereisen wollten, um ihrem Publikum die gesellschaftlichen Umbrüche in ihrem Land darzulegen und die „Neue Öffentlichkeit“ nahezubringen. Da erging die Order, „am Flughafen festhalten! Gutes Essen machen. Die Genossen vom Wachregiment der Staatssicherheit in Zivil als Publikum abkommandieren und dann lasst die Künstler labern. Danach wird schön geklatscht und die „Freunde“ rasch zurück in die Heimat geschickt. Das Zusammentreffen mit der Bevölkerung ist zu verhindern“. Als im Herbst 1986 der bei DDR-Lesern sehr geschätzte sowjetische Autor Jewgenij Jewtuschenko im Westberliner Fernsehen auftrat und von einer einheitlichen deutschen Literatur sprach, beschwerte sich Erich Honecker bei Gorbatschow über diesen, von ihm als konterrevolutionär gebrandmarkten Vorgang.

Dieses Verhalten der Partei- und Staatsführung ist nicht nur Ausdruck einer tiefen Verstörung, sondern zugleich der Unfähigkeit, mit den Herausforderungen der Zeit produktiv umgehen zu können. In was für eine groteske Situation hatten sich die Genossen hinein manövriert, wenn das bis zur Unerträglichkeit wiederholte Schlagwort „von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“, nunmehr zum Unwort verkommen, zum Zerrbild der politisch-ideologischen Beziehungen zur Schutzmacht mutierte. Wir wissen heute, wie hilflos und vergeblich dieses ohnmächtige Verhalten der SED-Führung war. Dennoch, die Genossen der Partei- und Staatsführung spürten sehr deutlich ihre existentielle Gefährdung, die vom „Geist des Neuen Denkens“ ausging und in den Demokratiebewegungen Polens, Tschechien und Ungarns kräftig wirkte. Das galt es im eigenen Land zu verhindern. Doch die Vergeblichkeit der Politik des Verdrängens, der Blockade und des Verhinderns zeichnete sich bereits mit dem Erscheinen von Michail Gorbatschows Buch „Umgestaltung und Neues Denken“ im Parteiverlag der SED, bei Dietz 1988 ab. Dort stand es nun geschrieben, was die sozialistische Welt in Unruhe und Schrecken versetzte, worüber nur in eingeweihten Kreisen geredet und in der Bevölkerung mit „vorgehaltener Hand“ getuschelt wurde. Der wissbegierige, um Aufklärung ringende Bürger konnte sich nun selbst ein Bild machen, vom „Geist des Neuen Denkens“. Der Leser erfährt ganz unvermittelt, dass

der propagierte unaufhaltsame Aufbau des Kommunismus im Sowjetland ins Stocken geraten sei. Da ist die Rede von zahlreichen Problemen, die aus tiefgreifenden Entwicklungsprozessen der sozialistischen Gesellschaft erwachsen sind. „Umgestaltung/Perestroika“ der sozialistischen Gesellschaft sei deshalb eine aktuelle Notwendigkeit. Wer sie hinauszögern wollte, würde in allernächster Zeit eine Zuspitzung der Situation im Innern erfahren müssen, die die Gefahr einer ernsten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise in sich birgt.“ „Offenheit in allen Lebensbereichen der Gesellschaft“ müsse deshalb heute, so Gorbatschow, unverrückbares Merkmal des normalen, geistigen und moralischen Klimas in der Gesellschaft werden. Denn „sie lässt den Menschen gründlicher verstehen, was mit uns geschah, was heute geschieht, wonach wir streben.“ Mit Genugtuung erfährt der Leser der DDR, dass auch die Sowjetgesellschaft Nichtstuer, Raffer und Konjunkturritter hervorgebracht hatte und die Öffentlichkeit aufgerufen sei, ihnen keine Ruhe zu geben. Man kannte dies ja aus den eigenen Verhältnissen. Aber solche Auswüchse im „Land der Sieger“? Bisher undenkbar. Und damit nicht genug der Zumutung für all jene Genossen, die mit klarem Feindbild im Kopf und der Überzeugung von einer historischen Mission im Herzen, ihrer Partei, dem sozialistischen Weltsystem und der „unverbrüchlichen Freundschaft zur Sowjetunion“ mit Hingabe dienten. Denn in Hinsicht auf die Beziehungen der SU und der sozialistischen Gemeinschaft zur übrigen Welt vollzieht sich im „Neuen Denken“ ein sensationeller Bruch mit der Vergangenheit politischen Handelns. Michael Gorbatschow entwickelt die Überzeugung, dass angesichts der atomaren Bedrohung der Menschheit, der Klassenkonfrontation heute objektive Grenzen gesetzt sind. Mit dieser Konsequenz aus der Weltsituation gibt er einen fundamentalen Glaubenssatz des Marxismus/Leninismus preis. Denn der Klassenkampf, den Gorbatschow hier suspendiert, gilt im „alten Denken“ der Urväter des Kommunismus als unveräußerliches Element, das die gesellschaftliche Entwicklung, ihren Fortschritt und damit die Befreiung der Menschheit von Ausbeutung befördern soll. Für den Generalsekretär der KPdSU, als dem höchsten Repräsentanten der Partei und mächtigsten Vertreter der sozialistischen Gemeinschaft ein kühner Gedankengang, -wie er argumentiert- „im Interesse der Menschheit“. Die außenpolitische Schlussfolgerung für die allgemeine Sicherheit gerät ebenso sensationell: denn jedem Volk wird das Recht zugestanden, sich den Weg für seine soziale Entwicklung selbst zu wählen. Das bedeutet praktisch, jeden Verzicht auf die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Gorbatschow anerkennt damit das souveräne Recht jedes Volkes, sich entweder für den Kapitalismus oder den Sozialismus zu entscheiden.

Gorbatschows Versuch, den Existenz bedrohenden Krisen der Gegenwart zu wehren, durch eine Politik der weltweiten Friedenssicherung und der Befreiung der Sowjetgesellschaft aus ihrer Erstarrung, zum Preis der Trennung von Dogmen der eigenen Weltanschauung, mutet kühn an, ja revolutionär. Würde das ehrgeizige Reformwerk gelingen? Hätte es Aussicht auf Erfolg durch den Zuspruch und die Unterstützung der Mehrheit des Volkes, gegen den Machtanspruch von Funktionärsclique, Ideologen und Militärs? Ist der Umbruch des Sowjetsystems möglich gegen die Schwerkraft des Faktischen und das Beharrungsvermögen eines tief sitzenden Obrigkeitsdenkens und die ideologische Frömmigkeit des Volkes? Wir wissen heute, dass dem „Neuen Denken“ für Fortschritt und Entwicklung im eigenen Land und für den internationalen Frieden eine Sprengkraft immanent war. Lag darin sogar der Anfang vom Ende dessen begründet, was eine Zukunft haben sollte? Bei all jenen, die den alten Verhältnissen nachtrauern, wird dem „Neuen Denken“ und dem Umbau, der Perestroika der Sowjetgesellschaft angelastet, maßgeblich zur Auflösung der Sowjetunion, des sozialistischen Lagers, des Sowjetsystems und seiner Ideologie beigetragen zu haben.

Das „Neue Denken“ erreichte die DDR in einer tiefen politischen Krise. Produktionsrückgang, chronischer Materialmangel, zunehmende Versorgungsengpässe, schwere ökologische Schäden und die drohende Zahlungsunfähigkeit kennzeichneten die materielle Seite des Niedergangs im „realen Sozialismus“. Die ideelle Seite, die geistig-soziale Befindlichkeit der Bürger und ihrer Gesellschaft, zeigt einen Zustand innerer Zerrissenheit. Zahlreiche Bürger haben die Hoffnung auf die Reformfähigkeit dessen, was Sozialismus genannt wurde, aufgegeben. Im August 1989 flüchteten bereits 3000 Urlauber über Ungarn nach Österreich in die BRD. Nachdem Ungarn im September 1989 die Grenzen für DDR-Bürger öffnete, reisten binnen drei Tage 15.000 Ostdeutsche über Österreich in die Bundesrepublik. Tausende suchten zu dem im Sommer Zuflucht in den westdeutschen Vertretungen in Prag, Budapest, Warschau und Ostberlin. 1989 warteten mehr als 100.000 DDR-Bürger auf die Genehmigung ihrer Anträge zur dauerhaften Ausreise. Dem Protest „mit den Füßen“ gegen die Hoffnungslosigkeit des Verbleibens im Lande, höhnte die Parteiführung im „Neuen Deutschland“ hinterher: „Man solle ihnen keine Träne nachweinen“. Am 4. September 1989 begannen die Leipziger „Montagsdemonstrationen“ unter dem Motto „Für ein offenes Land mit freien Menschen“. Auch zahlreiche Mitglieder der SED sind von den alltäglichen krisenhaften Zuständen am Arbeitsplatz und im Lande nicht ausgenommen. Mit Verbitterung erleben sie eine Parteiführung, die ohne Konzept und entschlossenlos den desaströsen Verhältnissen im Lande wie gebannt gegenübersteht, sprachlos und unfähig zur Reform. So zeigt die SED in diesen Jahren des Reformkur-

ses von Gorbatschow das Bild innerer Zerrissenheit. Der ehemals monolithische Parteiblock fällt dem Erosionsprozess anheim. Auf die gewohnte Hilfe des „Großen Bruders“ in schwierigen Lagen konnte die SED seit Mitte der 80er Jahre nicht mehr hoffen. 1986 hatte Gorbatschow jeder Partei die Selbständigkeit zugesprochen und damit das Recht, ihrer souveränen Entscheidung über die Entwicklungsprobleme ihres Landes. An eine Intervention, wie am 17. Juni 1953, war also nicht zu denken. Die 380.000 Mann starken sowjetischen Kampftruppen im Lande würden keinen Einsatzbefehl erhalten, wenn man sie nicht angreift. Am 7. Oktober 1989, dem 40. Jahrestag der DDR, inszenierte die Partei- und Staatsführung noch einmal einen politischen Popanz aus Militärparaden, Massenaufmärschen und einem Festakt im „Palast der Republik“ für die angereiste Politprominenz der sozialistischen Staaten und für internationale Gäste. Es sollte Stärke gezeigt werden, wo doch alle spürten, dass die Macht der Parteigreise dem Ende zuzuging. Es wurden Jubel und Hurraschreier bestellt in der Hoffnung, die Endzeitstimmung im Lande kaschieren und Optimismus vortäuschen zu können. Mit versteinertem Blick nahm die Politprominenz auf der Ehrentribüne die verlogene Huldigung entgegen. Unbeeindruckt von diesem Spektakel sieht Michail Gorbatschow in der Inszenierung aus Starrsinn und Verblendung das Menetekel heraufziehen, was ihn mahnend an Erich Honecker gerichtet, zu der in die Geschichte eingegangenen Sentenz veranlasst haben soll: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“. Auf dem Weg in meinen Garten habe ich als Passant den Vorbeimarsch der aus der Republik heran gekarrten Mitglieder der „Freien Deutschen Jugend“ an der Ehrentribüne mit Fähnchen, Fackeln und Hurrarufen erleben können. Kaum war das Ende der Paradestrecke erreicht, entledigten sich eine Vielzahl der Jugendlichen ihres Blauhemdes, warfen „Winkelemente“ und Fackeln an den Straßenrand, um sich rasch in die Freizeit zu verabschieden. Soviel zur Staffage im inszenierten Jubel. Für mich ein beredtes Bild von Doppelmoral, hohlem Aktionismus und der Vergeblichkeit des eingeforderten Bekenntnisses zu Partei und Staat. Nur wenige Tage nach der Jubelfeier überschlugen sich die politischen Ereignisse im Lande. Partei- und Staatsführung der DDR werden von jenem Schicksal heimgesucht, das ihnen Gorbatschow prophezeite: Am 18. Oktober 1989 muss Erich Honecker von allen Ämtern in Partei und Staat zurücktreten. Am 7. November erfolgt schließlich der Rücktritt der Regierung und tags darauf des gesamten Politbüros. Egon Krenz tritt die Nachfolge von Honecker an und verkündet in einer Fernsehansprache die „Politische Wende“. Ein letztes Aufbäumen vor dem Abgrund, in der Hoffnung, die Herrschaft der SED als führende Kraft retten zu können. Unter dem Druck der Ereignisse bietet er den Dialog und Reformen an. Nach der Blockadepolitik gegenüber dem „Neuen

Denken“ und der Perestroika , die auch von ihm, als Mitglied des Politbüros veranlasst und mitgetragen wurde, erklärt er nun ganz unvermittelt, „dass die Erfahrungen der sowjetischen Kommunisten bei der Umgestaltung in ihrem Lande auch für die DDR bedeutsam sind“. Unbeeindruckt von ihrem jähen Strategiewechsel, der sogenannten Politischen Wende, demonstrierten am 4. November 1989 fünfhunderttausend Bürger auf dem Alexanderplatz in Berlin für den demokratischen Neubeginn und das Ende des SED-Regimes. Die „Mauer“, der sogenannte Antifaschistische Schutzwall, von den Bonzen für 100 Jahre angedacht, fällt am 9. November 1989 und beschleunigt rapide den Machtverfall der SED. Listig organisiert die Partei am 28. November mit Hilfe von flugs „demokratisch gewendeten“ Literaten, Künstlern und als gemäßigt geltenden Genossen den Aufruf „Für unser Land“, um der Massenbewegung für die Einheit Deutschlands durch eine sozialistische Alternative zur BRD Einhalt gebieten zu können. Christa Wolf und Stefan Heym sind auch dabei und wirken kräftig mit. Als charmanter Plauderer und als Autor von Kochbüchern für russische Spezialitäten schickt sich Vizeminister für Staatssicherheit Markus Wolf an, um Vertrauen in der Bevölkerung zu buhlen. Der Wolf hatte dazu „viel Kreide gefressen“ und hoffte, sich als „Wendepolitiker“ anzuempfehlen.

Die DDR wurde 1949 mit dem Anspruch gegründet, das humanistische Erbe der Weimarer Klassik einlösen zu wollen. Die neue Gesellschaft war als optimistisches Gegenbild zur bürgerlich-kapitalistischen BRD vorgesehen. Die Einheit von Partei, Staat und Volk, von Geist und Macht, von stetem wirtschaftlichen Wachstum , von sozialer Geborgenheit und individueller Entfaltung sollte endlich auf deutschem Boden zur Wirklichkeit gebracht werden. Am Ende der Vision vom „Reich des freundlichen Menschen“ in Frieden und Freiheit stand nach 40 Jahren die allgemeine Krise des „real existierenden Sozialismus“ und seiner Ideologie. Da gab es nichts mehr zu reformieren . Die von der SED lancierte Zuversicht, mit politischen „Wendehälsen“ und sich demokratisch gebärdenden Künstlern und Intellektuellen einen Neuanfang zu wagen, wurde hinweggefegt vom Ruf der Hunderttausenden auf den nicht enden wollenden Demonstrationen im Land, „Wir sind ein Volk!“. Das war konsequent und zukunftsfähig. Namhafte Künstler, Schriftsteller und Intellektuelle trennten sich jetzt vom Hauptstrom der Entwicklung, der rasch aus den Verhältnissen der kollabierenden DDR heraus in die staatliche Einheit der Deutschen drängte. Die dünne Decke der Notgemeinschaft zwischen dem Volk und seinen Künstlern zerriss und offenbarte das neue Elend der Intellektuellen, wie Monika Maron den tiefen Abgrund zwischen ihnen und dem Volk nannte.

Die Friedliche Revolution erzwang die ersten freien Wahlen am 18. März 1990. In ihrem Ergebnis konstituieren sich die erste frei gewählte Volkskammer der DDR und die erste demokratisch legitimierte Regierung unter Ministerpräsident Lothar de Maiziere. Die Macht der SED war endgültig gebrochen.

Andrea Brait:

Hat man sich nicht von den Kontakten mit dem Ausland – hier kommen wir auf Österreich zurück – Hilfe erhofft? Warum hat man diese kulturellen Kontakte bis zum Schluss gepflegt? War es nicht die Hoffnung, dass man aus dem Ausland Aufträge erhalten könnte und so zu einer weiteren Existenzberechtigung? Oder waren die Hauptziele ganz andere?

Udo Bartsch:

Das war ein Gedanke, der uns tatsächlich bewegte. Sie müssen, wenn sie Regierungsverantwortung übernommen haben, handeln und nicht allein das schwere Erbe, die marode Hinterlassenschaft verwalten. Wenngleich das Votum für die Herstellung der deutschen Einheit zur Volkskammerwahl mehrheitlich war, so richteten wir unsere Regierungsarbeit zumindest auf eine Legislaturperiode, also auf vier Jahre aus. In dieser Zeit galt es innen- und außenpolitisch als souveräner Staat DDR zu agieren. Darauf waren wir in unseren Planungen vorbereitet. Für diese Zeit Hilfe von Freunden anzunehmen, schien vernünftig und durchaus geboten. So haben wir uns zum Beispiel in der Schweiz umgesehen. Die Franzosen waren an uns interessiert, sie wollten wissen, „wes Geistes Kind“ die Neuen waren, wofür sie eintreten, was von ihnen zu erwarten war. Sie verstanden sich mit beiden Deutschländern recht gut. Einem geeinten Deutschland hingegen brachten sie eine gewisse Skepsis entgegen. So begegneten sie uns höflich und überaus gastfreundlich. Zu offiziellen Gesprächen oder gar Vereinbarungen über weitergehende Zusammenarbeit kam es nicht. Österreich war für uns ein wichtiger Partner. Wichtig, weil die österreichische Seite uns dabei unterstützen wollte, Künstlern in der DDR eine Perspektive für ihre Arbeit zu geben. Gewiss haben wir uns gewundert, was die Österreicher dazu treibt, großzügig Stipendien und Arbeitsaufenthalte anzubieten, -an einem finanziellen Überfluss litt die Alpenrepublik ja auch nicht. Es war eine politische Angelegenheit. Ich denke, das Bemühen, den Ostdeutschen noch näher kommen zu wollen, sollte auch der BRD zeigen, dass die kleine Alpenrepublik als internationaler Partner, gewiss auch als

Konkurrent, ernst zu nehmen sei. In unserer Situation hatten wir keine große Wahl und waren sehr angetan über das Entgegenkommen der Österreicher, zumal das Ende der staatlichen Existenz der DDR abzusehen war. Wenn die Hand gereicht wird, ergreife ich sie. Es war unser Auftrag, die gewachsene Kulturlandschaft in Ostdeutschland vor weiterem Schaden zu bewahren und die nunmehr freie Arbeit der Künstler mit der Bereitstellung von Existenzmitteln zu unterstützen. Es war eine beglückende Situation für uns, dass die österreichische Seite zu dem angeboten hatte, Künstlern in ihren Heimen im Ausland die Möglichkeit des Aufenthalts und des Arbeitens zu geben. Sie haben das aus dem Brief von Dr. Kirchsteiger entnehmen können. Als Gegenleistung unterbreiteten wir Angebote aus dem Kulturfonds der DDR für Arbeitsaufenthalte österreichischer Künstler. Der Kulturfonds ist der vermögendste Fonds in ganz Deutschland gewesen. Er verfügte über eine Reihe sehr schöner Immobilien, war reich mit Kunstwerken bestückt und besaß ein nicht geringes finanzielles Vermögen zur Förderung des kulturell-künstlerischen Schaffens. Das hing damit zusammen, dass in der DDR jeder Artikel mit einem Kulturpfennig belegt wurde. Von allem, was man kaufte, wurde ein Pfennig abgeführt für Kultur und Kunst. Wir haben gekämpft, dass wir den Kulturfonds in den Einigungsvertrag einbinden. Das passte der bundesdeutschen Seite zunächst gar nicht. Es hat sehr viel Mühe gekostet, diesen in das geeinte Deutschland hinüber zu retten. Der Kulturfonds hat schließlich einen eigenen Abschnitt im Einigungsvertrag bekommen und wurde sogar mit Bundesmitteln gefördert, damit er noch eine Reihe von Jahren für die Förderpraxis existieren konnte. Im Ministerium gingen unsere Bemühungen dahin, ihn als selbständige Institution in die föderale Kulturstruktur hinüber zu retten. Wir hatten keinen Erfolg. Der Kulturfonds existierte noch zwei, drei Jahre. Die deutsche Kleinstaaterei war dann doch stärker als das gemeinsame Interesse. Die partikulären Bestrebungen waren so stark, das man den Kulturfonds nach dem Sitzlandprinzip zergliederte und aufteilte. Jedes neue Bundesland hat herausgegriffen, was ihm, auch an Immobilien zustand. Ich habe dieses Vorgehen als großen Fehler begriffen. Der Minister und ich führten noch für eine geraume Zeit den Vorsitz im Vorstand des Fonds und versuchten die Nachteile seiner Auflösung als gemeinsame Einrichtung der Länder zu verdeutlichen. Die wirtschaftliche Lage war damals in den neuen Bundesländern schlecht, der Notzustand allgegenwärtig. So kann ich mir durchaus das Verhalten erklären, wenn einem Vermögenswerte zu stehen, diese auch reklamiert und abgegriffen werden. Was uns gehört, das nehmen wir uns auch. Diese Denkungsart ist wohl unter den damals gegebenen Umständen das Nächstliegende gewesen. Dennoch bleibe ich dabei, dass es auf lange Sicht besser gewesen wäre, den Kul-

turfonds als ländergemeinsame Institution zu erhalten. Aber in die bundesdeutsche Aufbruchsstimmung passte es durchaus, den zentralistisch angehauchten Kulturfonds aufteilen zu wollen. Unser Verhandlungspartner im Bundesinnenministerium hatte sich diese Auffassung nicht zu eigen gemacht. Auch in dieser Angelegenheit verhielten sie sich als ehrliche Makler, die verstanden hatten, was wir mit dem Fonds länderübergreifend erreichen wollten. Insofern konnte der Kulturfonds in der Zeit unseres Vorsitzes der österreichischen Seite unsere Immobilien für Arbeitsaufenthalte als Kompensationsleistung anbieten. Es hat Verhandlungen darüber gegeben, aber ich glaube, dass es bei der guten Absicht und den Gesprächen vor Ort in der DDR geblieben ist. Ich habe keine Kenntnis davon, ob unsere gemeinsamen Bemühungen in dieser Angelegenheit realisiert wurden.

Andrea Brait:

Die Zeit war jedenfalls relativ knapp. Es ist das Problem der fehlenden Akten, dass man heute kaum nachvollziehen kann, was tatsächlich noch realisiert worden ist.

Udo Bartsch:

Sie fragten nach der Motivation und den Zielen unserer Aktivitäten im Ausland. Da glaube ich, sind wir mit Österreich weitergekommen, als das mit den anderen Ländern der Fall war. Auch die Schweden bekundeten ihr Interesse daran, notleidenden Künstlern in der DDR helfen zu wollen. Es gab eine internationale Bereitschaft, aber so richtig gegriffen hat das alles nicht mehr. Wir sind alle von der Dynamik der Bewegung in die deutsche Einheit erfasst worden und unsere Absichten und Pläne für die Regierungsarbeit lösten sich dann auf. Nachhaltig ist dabei geblieben, dass Österreich über das Hilfsangebot und die Förderung von Künstlern der DDR hinaus für uns eine noch andere, sehr wichtige Bedeutung hatte. Der „Kulturstaat Deutschland“ hatte in der Kulturklausel des Einigungsvertrages seinen Eingang gefunden. Als Verhandlungsführer der DDR-Seite kamen wir in eine Situation, wo wir einen Widerspruch entdeckt haben, den wir versöhnen mussten. Der Widerspruch bestand darin, dass wir Aufgaben von nationalem Rang und internationaler Bedeutung zu bewältigen hatten und diese Herausforderung bei gleichzeitiger Achtung der grundgesetzlich geschützten Kulturhoheit der Länder wahrnehmen mussten. In diesem Zusammenhang rückt Österreich für uns in den Fokus. Ein Staat, föderal verfasst, gestattet offensichtlich einem Ministerium mit kulturellen Aufgaben die zentrale Leitung, För-

derung, Verwaltung von Kultur und Kunst mit den Bundesländern, aber nicht gegen sie. Wie funktioniert das? Für uns ist Österreich das Modell gewesen, das wir kennenlernen mussten. Wenn wir unsere Arbeitsweise als Modell für die Kulturverwaltung vorgebracht hätten, wäre das politisch absurd, weil ohne jegliche Erfolgsaussichten gewesen. Das Ministerium für Kultur galt vielen als Ausdruck des dirigistischen Zentralismus, den de Maiziere als Erbübel der sozialistischen Gesellschaft geißelt hatte. Dieser Zentralismus musste überwunden werden. Österreichs Kulturverwaltung und Kunstförderung besaß diesen Makel nicht, wie unser Kulturministerium. Insofern diente meine Reise mit Experten nach Wien im Juni 1990 dazu, das Zusammenwirken und die Verantwortlichkeit von zentraler Kulturverwaltung und Förderung in Wien mit den Länderinstanzen für Kultur und Kunst kennenzulernen. Es ging uns um Fragen, wie die Kompetenzverteilung auf Bundes- und auf Länderebene, um die Funktionsweise der österreichischen Kulturverwaltung und Förderung, die Abstimmung zwischen den handelnden Gremien, die Förderung und Finanzierung des Kunstschaffens und von überregionalen, bzw. internationalen Projekten. Wie funktioniert das dort? Wo liegen da möglicherweise Widersprüche? Wenn ja, wie hat man die aufgelöst? Wie werden die großen nationalen und internationalen Projekte und von wem und mit wem ausgerichtet? Die Mozartgedächtnisfeier wird bestimmt nicht von einem kleinen Bundesland allein, sondern mit der Kompetenz und den finanziellen Mitteln des Ministeriums gemeinsam vorbereitet und durchgeführt. Hier ließen sich Antworten finden, die unsere Argumente schärfen konnten. Eine andere Möglichkeit sahen wir damals nicht, den Widerspruch in unserer Arbeit, zwischen zentralen Aufgaben und kultureller Zuständigkeit der Bundesländer zu lösen. Die österreichische Seite ermöglichte uns in großzügigerweise in das Gefüge der Kulturverwaltung und Kunstförderung Einblick zu nehmen. Dazu wurden Gespräche in Abteilungen und Referaten des BMUKS, mit dem Sekretär der Ministerin und der verantwortlichen Hofrätin für den Ostfonds geführt. Darüber hinaus hatten wir die Gelegenheit, in Ämtern der Salzburger, Niederösterreichischen, Burgenländischen und Wiener Landesregierung, sowie dem Direktor in der Bank für Arbeit und Wirtschaft zu deren Sponsoringaktivitäten unsere Fragen vorzutragen.

In den Verhandlungen zum Einigungsvertrag haben wir jedoch bald erfahren müssen, dass ein Kulturministerium des Bundes zu diesem Zeitpunkt nicht zu verhandeln ist. Der Widerstand der Bundesländer, die ihre grundgesetzlich garantierte Kulturhoheit nicht teilen wollten, war zu stark. Dennoch blieb die Herausforderung bestehen, unsere Auffassung von einer künftigen Kompetenzverteilung in den kulturellen Angelegenheiten zwischen Bund und Ländern durch eine geeignete Interpretation mit dem

Grundgesetz in Einklang zu bringen. Wir haben dafür Verbündete aus dem politischen Spektrum gesucht. Ein gewisses Maß an Verständnis fanden wir bei unserem Verhandlungspartner im Bundesinnenministerium. Auch im Innerdeutschen Ministerium gab es für unsere Auffassung Verbündete. Leider wurde das Ministerium nach der Einheit aufgelöst. Ich kann heute vermelden, dass der Besuch in Österreich und unsere Erfahrung mit dem Modell der Kultur- und Kunstverwaltung nachhaltig geblieben ist. Zwei Jahre nach der staatlichen Einheit wurde ein Bundesbeauftragter für Kultur und Medien im Range eines Staatssekretärs im Bundeskanzleramt berufen. Unsere Intentionen fielen, wenngleich mit zeitlicher Verzögerung, auf einen politisch fruchtbaren Boden.

Andrea Brait:

Ihre Reise mit Experten schließt an vorhergegangene an, bzw. es folgten danach weitere. Es gab intensive Kontakte zwischen dem Kulturministerium in Österreich und dem ostdeutschen Kulturministerium. Das ist insofern erstaunlich, weil die Kompetenz in der Auslandskulturpolitik beim österreichischen Außenministerium liegt. Daorte ich vor allem seit 1987 eine gewisse Konkurrenz zwischen den Regierungsparteien. Der Kompetenzkonflikt ist deutlich älter, weil die Kompetenz der Auslandskulturpolitik in den 1960er Jahren beim Ministerium für Unterricht und Kultur verortet war und im Zuge der Kompetenzerweiterung des Außenministeriums abgewandert ist. Nun ist seit den späten 1980er Jahren das Außenministerium in der Hand der ÖVP und das Kulturministerium ist in SPÖ-Hand, dementsprechend haben wir hier einen neuen Kompetenzkonflikt, der jetzt auf Parteiebene ausgetragen wird. Hilde Hawlicek war sehr aktiv, hat auch mehrfach die DDR bereist und auch mehrfach Delegationen aus der DDR empfangen. Sie waren vom 25.-27. Juni in Wien. Kurz darauf, am 29./30. Juni war Hawlicek in Berlin. Haben Sie sie getroffen? Wie würden Sie sie einschätzen? Was glauben Sie, war ihr Interesse? Ich kann mir das nur mit der Konkurrenz zwischen beiden Ministerien erklären, die schon immer bestanden hat und dass das Außenministerium an die ÖVP ging, spielte sicher auch eine Rolle.

Udo Bartsch:

Man hat nicht gespürt, dass Parteistreitigkeiten eine Rolle spielten. Sie war bei einem Partnerministerium zu Gast, sehr interessiert und wissbegierig. Wir spürten ihr Interesse, die Beziehungen enger zu knüpfen. Sie sprach viel und wohl auch gern mit

dem Minister. Die beiden mochten sich. Ich nehme an, dass bei ihr die Hoffnung bestand, dass die DDR ein wenig länger existieren würde. Nach der Regierungsbildung war sie als eine der ersten ausländischen Politiker bei uns, sondierte die Lage und bereitete vor, wie es denn weitergehen könnte. Ich denke auch, dass ein wenig Konkurrenzdenken zur großen Bundesrepublik mit im politischen Kalkül war. Wenn sie mit einem Mal merken, dass sich die Nachbarn um sie mühen und erfreut sind, ihnen helfen zu können und zu dürfen, dann ist da nicht nur Altruismus von Gutmenschen im Spiel, sondern auch Absicherung eigener Positionen und Interessenbekundung. Dennoch kamen uns solche Gesten der Zuwendung entgegen. Was Frau Hawlicek möglicherweise im politischen Hintergrund mitgedacht oder gefühlt hat, oder was sie im engeren Sinne bewegen wollte, ihre Absichten über das offiziell Ausgesprochene hinaus, hat sie uns nicht offenbart.

Andrea Brait:

Ihr Bemühen war offenkundig und stärker als das von anderen Staaten?

Udo Bartsch:

Ja! Wir hatten einen guten, sehr erfreulichen Kontakt zu dieser Ministerin. Sie zeigte sich aufgeschlossen für die Veränderungen im Lande, war umgänglich im Verhalten. Ihr Ministerium und die nach geordneten Verwaltungsstellen bewiesen uns gegenüber Aufgeschlossenheit und großes Entgegenkommen. Lediglich die Beziehungen zu unserem bundesdeutschen Partner waren enger und vertrauensvoller, als die zu Frau Hawlick.

Andrea Brait:

Die DDR und Österreich hatten keine gemeinsame Grenze, es hätte Nachbarn gegeben, die geographisch deutlich näher waren. Könnte die Verbindung über die Sprache hier entscheidend gewesen sein?

Udo Bartsch:

Natürlich. Das kann und will ich überhaupt nicht ausschließen. Im Gegenteil, hier spielen verwandtschaftliche Beziehungen und geschichtliche Gemeinsamkeiten eine Rolle. Die Rechtsgrundlagen und die Funktionsweise der Verwaltungen sind ver-

gleichbar, die Sprache haben wir gemeinsam und die emotionalen Bindungen auch. Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch einen bösen Hintergedanken äußern: Österreicher hatten auch einen gewissen Anteil daran, das Parteivermögen der SED verschwinden zu lassen. Die beteiligte Dame Rudolfine Steindling haben wir leider nicht vollständig zur Rückerstattung veranlassen können. Das Bundesinnenministerium hatte eigens zur Rückführung von versteckt gehaltenen Vermögenswerten der SED eine Fahndungsgruppe gebildet und war auf Frau Steidling und ihre Hilfestellung gestoßen. Insofern waren Österreicher, wenngleich anderer politischer Couleur und auf einem Spezialfeld der Beziehungen, der DDR vorher schon sehr nahe gekommen.

Andrea Brait:

Hawlicek hat ja auch sehr gute Kontakte zum vormaligen Kulturminister Hans-Joachim Hoffmann gehabt. Den hat sie oft getroffen. Das setzt sich fort. Es ist in ihrem Agieren kein Bruch zu erkennen, aufgrund des demokratischen Umbruchs in der DDR. Das Engagement Österreichs setzt sich fort, das ist mir schon, als ich die Akten zum allerersten Mal durchschaute, aufgefallen.

Udo Bartsch:

Dass es Gespräche, Verhandlungen und Zusammenarbeit zwischen dem SED-geführten Kulturministerium und der österreichischen Seite gegeben hatte und zwischen Frau Hawlicek und Herrn Hoffmann sehr gute Kontakte bestanden, ist uns bekannt gewesen. Durch diesen Umgang war man vertraut miteinander, man kannte sich und wusste, woran man ist, worauf man sich einstellen musste und was man erwarten konnte. Als zweiter deutscher Staat brauchte die DDR internationale Anerkennung und suchte Reputation um jeden Preis. Kultur und Kunst eigneten sich dafür als ein probates Mittel. Man konnte sich als Kulturstaat in der Welt präsentieren und auf diese Weise, was auch mit dem Sport gelang, ins Gespräch bringen. Die DDR war begierig internationale Partner zu finden, was beispielsweise dazu führte, dass politischer Vorzeigezwecke wegen, Kunstwerke in einen restauratorisch kaum zu rettenden Zustand versetzt wurden. Bei unserem Amtsantritt im Ministerium für Kultur hielt sich die Kooperationsbereitschaft der Internationalen Abteilung in Grenzen. Ihre Aussagefreude ließ zu wünschen übrig. Verbiestert über den Lauf der Geschichte, die ihre Privilegien antastete, probten sie immer noch für die Welt-Revolution. Sie beließen uns vielfach bewusst in Unkenntnis, so auch über die Vorgeschichte der

DDR-Österreichischen Kulturbeziehungen. Es nimmt nicht wunder, dass wir uns von einer Reihe von Mitarbeitern dieser Abteilung getrennt haben. Wir waren uns im Klaren darüber, dass wir einen neuen Ansatz finden mussten. Unter den vorgefundenen Bedingungen und dem Zeitdruck, keine leichte Aufgabe. Ihre Eingangsbemerkung, verehrte Frau Dr. Brait, dass im Agieren von Ministerin Hawlicek kein Bruch zu erkennen war, aufgrund des demokratischen Umbruchs in der DDR und das sich das Engagement Österreichs der DDR gegenüber fortsetzte, bedarf der Interpretation. Dem Eindruck, der entstehen könnte, dass sich die Kulturbeziehungen zwischen unseren Ländern in der bisherigen Art und Weise einfach fortschreiben ließen – so als vollendeten wir quasi das Vermächtnis der SED- muss widersprochen werden. Mit der Regierung de Maiziere fand auch im Kulturministerium kein schlichter Wechsel in der politischen Leitung des Hauses statt, der die Dinge im Wesentlichen beließ, wie sie in 40 Jahren hindurch herrschten. Nicht die Kontinuität der Kulturpolitik nach innen und außen sollte gepflegt werden, sondern der Bruch mit dem alten Regime im Denken und im Handeln. An Stelle des alles durchdringenden Parteidiktates der Kommunisten, galt es demokratische Verhältnisse und Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen und die Freiheit der Kunst grundgesetzlich zu schützen. Unsere Beziehungen zu Österreich im Bereich von Kultur und Kunst finden damit erklärter Maßen eine andere, eine qualitativ neue Grundlage. Sich auf der Ebene der politisch Verantwortlichen zu treffen, um die bisher unbekanntenen Neuen kennen zu lernen und das Neue ihrer Bestrebungen und Ziele zu erfahren, war notwendig und vernünftig für eine künftige Partnerschaft. In betonter Offenheit soll Minister Hoffmann seinem österreichischen Amtskollegen Moritz gegenüber, im Jahre 1985 zum Ausdruck gebracht haben, was als alles bewegendes Motiv der SED Kulturpolitik zugrunde lag: „Die Kultur ist ein Feld des Kampfes der Systeme“. Diese Diktion von Zusammenarbeit war strikt zu negieren. Nie wieder sollte Kultur und Kunst als Vehikel politischer und ideologischer Zwecke missbraucht werden. Die Beförderung von „ Kultur als Ausdruck unserer Freiheit „ sollte in unserem Verständnis die zukunftsfähige Grundlage der Partnerschaft mit Österreich werden.

Andrea Brait:

Ist der Wechsel der Personalien im Ministerium nicht letztendlich auch zum Problem geworden, weil die Kontinuität der Information gefehlt hat? Dass man gewisse Leute nicht behalten konnte oder auch nicht behalten wollte, ist völlig nachvollziehbar,

aber ist es im Arbeitsalltag nicht auch schwierig, wenn die Vorinformation wegbriecht? Man kann sich ja nicht innerhalb kürzester Zeit alles anlesen.

Udo Bartsch:

Sie benennen eines der schwierigsten Probleme für die Regierung, weil es um unsere Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit und damit um unsere Glaubwürdigkeit ging. Das stellte eine der großen Herausforderungen dar, in allen Ministerien. Wie wird der Anspruch Regieren zu müssen und mit welchem Apparat praktisch? Wie muss sich der erklärte Umbruch der SED-Herrschaft und ihres „vormundschaftlichen Staates“ vollziehen? Mit welchen Institutionen soll der Aufbau neuer demokratischer und föderaler Strukturen erfolgen und die Einheit in Deutschland vorbereitet werden? Welches Personal steht für diesen historischen Abschnitt unserer Geschichte zur Verfügung, ist willens und geeignet, politische Feindbilder im Kopf und Handlungsmuster des „diktatorischen Zentralismus“ zu überwinden? Diese neuen, wenn gleich demokratisch legitimierten Leitungen verfügten in der Regel über wenig bis gar keine Verwaltungspraxis. Ihr Mangel an Erfahrung im öffentlichen Handeln war ein Ergebnis des allseitigen Herrschaftsanspruchs der SED, ausschließlich parteikonforme Kader auf den „Kommandohöhen“ agieren zu lassen.

In den Koalitionsverhandlungen zur Regierungsbildung fiel wider Erwarten das Ressort Kultur an die CDU. Lothar de Maiziere hatte beharrlich darauf bestanden. Nach Kenntnis der Lage räumten die Führungskader von einst fluchtartig das Feld. Der Bruch mit der Vergangenheit des Hauses, die Diskontinuität der Entwicklung schien auf dieser politischen Ebene vollzogen. Als wir zum Dienstantritt das Ministerium im Schwerinschen Palais, in der historischen Mitte von Berlin betraten, glich es einem Geisterhaus. Es war totenstill, alle Türen geschlossen, kein Telefon, kein Gespräch war zu hören. Wir sollten von Anbeginn die Ablehnung spüren, die Haltung, „wir wollen euch nicht, mit uns werdet ihr eure Absichten und Ziele nicht durchsetzen können“. Die Mehrheit der Mitarbeiter des Ministeriums verhielt sich der neuen politischen Leitung gegenüber distanziert und reagierte abwartend, auf Zeit setzend, andere hingegen zeigten ihre ablehnende Haltung offen oder im versteckten Widerstand, manche mit subversiven Absichten, wie es sich zeigen sollten. Die zentrale Frage für uns lautete: Würde es gelingen, das Ministerium zu einem Instrument des kulturpolitischen Handelns für den demokratischen Neubeginn umzuformen, leistungsstark und zuverlässig, dem Weg in die deutsche Einheit verpflichtet und wenn ja, wo lagen unsere Chancen dafür? Hier waren Ideologen am Werke, Parteikader

mit einem klaren Feindbild im Kopf und ausgeprägt dirigistischen Arbeitsweisen zur Durchsetzung des Indoktrinationsauftrages der SED. Sie dienten der Partei mit Hingabe, um den „neuen Menschen“ zu formen und der „sozialistischen Lebensweise“ Gestalt zu verleihen. Die Erfüllung ihrer Weisungen und Ziele bedeutete ihnen eine Angelegenheit von Herz und Verstand. Im Gegensatz zum biedereren Hüter von Ruhe und Ordnung, der zu jeder Zeit und jedem Herren zu dienen vermochte und deshalb stets willkommen war, wirkte hier die tiefinnerliche Überzeugung von einer historischen Mission, in deren Dienst man sich wusste und die es unbedingt zu erfüllen galt. Sollte für die vermeintlichen „Sieger der Geschichte“ die tägliche Begegnung am Arbeitsplatz mit der eigenen Lebenslüge optimistisch und produktiv zu wenden sein?

Die neue Leitung des Ministeriums empfahl sich den Mitarbeitern nicht als Racheengel. Jedem Bediensteten, der guten Willens und bereit war, sich mit Kompetenz und Loyalität in den Dienst der neuen Kulturpolitik zu stellen, sollte die Hand zur Zusammenarbeit ausgestreckt und das weitere Verbleiben im Ministerium in Aussicht gestellt werden. Vorausgesetzt waren keine Verstrickung mit dem MfS und keine Beteiligung an Willkürmaßnahmen im Bereich von Kultur und Kunst, von Literatur und Film. Die „ausgestreckte Hand“ für die Zusammenarbeit in der weitgehend konfrontativen Situation bei der Übernahme des Ministeriums hat einen großen Teil der Mitarbeiter als Chance für einen persönlichen Neubeginn verstanden und das nicht allein aus Sorge um das soziale Überleben. Ein menschlicher Umgang miteinander, den die Leitung anbot, gepaart mit sozialer Verantwortung und unserem Verständnis in einer Phase schwerer individueller Konflikte bei den Mitarbeitern, aber auch die Glaubwürdigkeit und Rechtschaffenheit in der Führungsarbeit, überzeugten und verfehlten ihre positive Wirkung nicht. Rückblickend werte ich die Personalpolitik als eine der erfolgreichen Positionen in der Tätigkeit des Ministeriums in seiner demokratischen Endphase. Es gelang aus ehemaligen Gegnern motivierte, leistungsstarke Mitarbeiter zu gewinnen, Mitstreiter für den demokratischen Umbruch der alten Verhältnisse und für die Neugestaltung von gedeihlichen Bedingungen für Kultur und Kunst im geeinten Deutschland.

Andrea Brait:

Haben Sie Erinnerungen an die Botschaft der DDR in Österreich?

Udo Bartsch:

Wie ich dem Bericht über unsere Gespräche in Wien und in den österreichischen Landesbehörden entnehme, gab es, wie sonst üblich, kein Briefing in der DDR-Botschaft. Wohl aber fand ein auswertendes Gespräch mit Botschaftsrat Horst Meyer statt. Der Botschaftsrat war geschäftsführend im Dienst, der Botschafter hatte wohl bereits seinen Dienstposten verlassen. Herrn Meyer konnte ich die erfreulichen Ergebnisse unserer Reise mitteilen und über die für uns außergewöhnliche Offenheit in allen Fragen, die überaus zuvorkommende Gastfreundschaft und die glänzende Organisation der Gespräche mit unseren österreichischen Partnern berichten. Die Reise wirkte in vielerlei Hinsicht nachhaltig. Mich persönlich hat sie immer davon träumen lassen, noch einmal Wien und die österreichischen Lande zu besuchen. Zu ihrer Frage nach den Kontakten zur DDR-Botschaft in Österreich kommt mir der gleiche Eindruck in Erinnerung, der sich beim Besuch unserer Vertretung in Paris einstellte. Ich fand eine Situation vor, bei der der Botschafter seinen Dienstposten mit unbekanntem Ziel verlassen hatte. Zurück geblieben verharrte das übrige Botschaftspersonal in Schreckstarre. Verstört über die Ereignisse in der Heimat beklagten sie ihr ungewisses Schicksal. Jahrelang hatte man im kapitalistischen Ausland persönliche Opfer bringen müssen und stehe nun vermutlich vor dem Nichts. "Was wird aus uns?" war die erste und wichtigste Frage an mich. Lediglich der Kulturattaché, ein Naturwissenschaftler, sah seiner persönlichen Zukunft gelassen entgegen. Für die Parteikader, die aus der Kreisleitung der SED heraus, mit einem Intensivkurs in der französischen Sprache in die Botschaft delegiert wurden, sah die Perspektive, nach Jahren eines privilegierten Daseins, gewiss trübe aus. Die Botschaft befand sich subjektiv bereits im Zustand der Auflösung. Ich denke, die Lage in der DDR-Vertretung in Wien wird ähnlich gewesen sein.

Andrea Brait:

Minister Schirmer hat im Juli noch einmal Wien besucht.

Udo Bartsch:

Ja, sein Interesse galt insbesondere der Künstlerfinanzierung. Er hat dafür das Gespräch mit den österreichischen Partnern gesucht. Das war richtig und das musste angesichts der prekären Arbeits- und Lebenssituation zahlreicher Künstler so sein. Hier Hilfe und Perspektiven anbieten zu können, war für uns verpflichtend. Die viel-

fältigen Aufgaben, die wir in dem engen Zeitrahmen lösen mussten, führten zu einer streng arbeitsteiligen Vorgehensweise. Leider blieb dabei die Kommunikation zwischen uns unzureichend. Als Verhandlungsführer für die kulturellen Angelegenheiten der DDR zum Einigungsvertrag dienten meine Gespräche in Österreich in erster Linie dem Kennenlernen von Struktur, Kompetenzverteilung und Kommunikationsformen zwischen dem Bundesministerium und den Landesbehörden. Hier suchte ich jene gewichtigen Argumente für die Kulturverwaltung und Künstlerförderung zu finden, die für ein Bundesministerium im föderal verfassten Deutschland in die Verhandlung gebracht werden konnte. Das von uns unerwartete Angebot von Stipendien und Arbeitsaufenthalten für Künstler durch den „Ostfonds“ Österreichs, gaben unserer Reise eine zusätzliche Dimension. Im Gespräch mit dem BMUKS standen zu dem Fragen der Filmförderung und der Zusammenarbeit unserer Länder auf dem filmischen Sektor, sowie der Erfahrungsaustausch zur Durchsetzung künstlerischer und marktwirtschaftlicher Aspekte bei der Filmproduktion. Diese zusätzlich behandelten Themen bereicherten das Ergebnis der Reise beachtlich.

Andrea Brait:

Das Vorhaben, im geeinten Deutschland ein Bundesministerium für die kulturellen Angelegenheiten einrichten zu wollen, hat ja zunächst keinen Erfolg gehabt. Der Unwillen der Bundesländer, sich dem Thema hinzuwenden, hing möglicherweise mit einem anderen, offenen Konflikt zusammen. Der Bund hat zu der Zeit schon einige Jahre mit den Ländern über die Kulturhoheit gestritten, so bei den großen Projekten der Bundesrepublik, was die Hauptstadt angeht: Ausstellungshalle des Bundes, Haus der Geschichte und das Deutsche Historische Museum. Da wird es für Sie wieder spannend, das müsste bei den Einigungsverhandlungen auch irgendwann ein Thema gewesen sein, es ging ja um die Übernahme des Museums für die Deutsche Geschichte. Betraf Sie das?

Udo Bartsch:

Hier haben sich starke, vielschichtige Interessenkonflikte ausgetobt. In erster Linie natürlich die zwischen den Absichten des Bundes bei der Förderung von Institutionen und Projekten von nationalem und internationalem Rang und dem kleinlichen Beharren der Bundesländer auf der förmlichen Wahrung ihrer grundgesetzlich geschützten Kulturhoheit. Darüber hinaus war auch der Selbstbehauptungswille von

traditionsreichen Einrichtungen im Spiel, die für ihre Unabhängigkeit stritten. Dazu gekommen ist das Konkurrenzverhalten von Einrichtungen in Ost und West mit dem Ziel, bei Zusammenführungen Dominanz zu erreichen und Standorte zu erhalten. Glücklicherweise habe ich meine Hände bei diesem, oft unappetitlichen Gerangel nicht im Spiel gehabt.

Andrea Brait:

Schade, -darüber hätte ich gerne mehr gewusst.

Udo Bartsch:

Aber wenn Sie das Thema so wissbegierig ansprechen, bekomme ich heraus, weshalb mich der damalige Direktor vom Haus der Geschichte zu einer Visite der besonderen Art eingeladen hatte.

Andrea Brait:

Sie meinen Hermann Schäfer, den Gründungsdirektor des Hauses der Geschichte in Bonn.

Udo Bartsch:

Mich erreichte ganz überraschend die Einladung zu einer persönlichen Führung durch die Sammlung des Hauses der Geschichte. Bisher hatte ich nur eine theoretische Kenntnis vom Gegenstand der Sammlung von Objekten unserer jüngsten Vergangenheit. Ich folgte dem großzügigen Angebot deshalb gern. In Empfang nahm mich ein junger dynamischer Direktor, eloquent und präzise in seinen Darlegungen. Er zeigte mir auch jüngste Erwerbungen, die noch nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren. Seine diensteifrige Mannschaft erwies sich als kompetent und geduldig, meine zahlreichen Nachfragen zu beantworten. Das Haus machte auf mich einen hervorragenden Eindruck von seinen Exponaten und ihrer Präsentation her, von der Kompetenz der Mitarbeiter und der Führungsqualität seines Direktors. Das tiefere Anliegen dieser Veranstaltung für mich erschloss sich nicht sofort. Natürlich warb auch diese Einrichtung um Reputation für seinen Erhalt und die weitere Förderung, angesichts der in die Obhut des geeinten Deutschlands gelangenden kulturellen Einrichtungen aus Ostdeutschland.

Andrea Brait:

Das „Haus der Geschichte“ war mehr oder weniger außen vor, da war das Gesetz zur Gründung schon beschlossen zu der Zeit. Das wurde Ende 1989 durch den Bundestag gebracht. Beim „Deutschen Historischen Museum“ war es zu der Zeit ganz spannend, denn das sollte eigentlich einen Neubau im Spreebogen bekommen, der Architekten-Wettbewerb war entschieden und dann kam die Einheit. Da entstand die Idee: „Übernehmen wir doch das Museum für Deutsche Geschichte, übernehmen wir das Zeughaus“- wo es ja bis heute untergebracht ist. Das Zeughaus sollte eigentlich nur eine Übergangslösung sein.

Udo Bartsch:

Wir sind heute in der komfortablen Lage, uns gelassen und mit Genugtuung über diese Angelegenheiten auszutauschen, die nach der politischen Einheit voller Dramatik und Ungewissheit über den Erfolg gewesen sind. Ich sollte an dieser Stelle einige Anmerkungen machen zum Programm der „kulturellen Substanzerhaltung“ und der Förderung von gesamtstaatlich bedeutenden Kultureinrichtungen in Ostdeutschland / Ostberlin durch den Bund, bzw. bei der Übernahme einer Reihe von solchen Objekten in die Trägerschaft des Bundes. Vielleicht gelingt es, die Problematik von damals anzudeuten. Bei der Verhandlung der Kultur für den Einigungsvertrag wurde rasch deutlich, dass die Überwindung teilungsbedingter Auswirkungen weder ad hoc zu lösen sein würde, noch durch die Anstrengung der Neuen Bundesländer allein. Es bedurfte der Zeit, genauer, des finanzierten Zeitgewinns, um diese Herkulesaufgabe durch das gemeinsame Handeln von Bund und Ländern zu bewältigen. Die rechtliche Grundlage für das Engagement des Bundes war nicht vom Grundgesetz herzuleiten, weil sein subsidiäres Wirken in die Kulturhoheit der Länder eingriff. Die fördernde Hilfe des Bundes in den kulturellen Angelegenheiten, -für einen befristeten Zeitraum-, musste deshalb im Einigungsvertrag festgeschrieben werden. Danach wird dem Bund das Recht zugesprochen, zum Ausgleich von Auswirkungen der Teilung, übergangsweise, einzelne kulturelle Maßnahmen in den Neuen Bundesländern mitzufinanzieren. In Anwendung des „Kapitel 35 Kultur“ legte der Bund für die Jahre 1991 bis 1993 Sonderprogramme auf, zur Übergangsförderung von kulturellen Einrichtungen von überregionaler und gesamtstaatlicher Bedeutung in Ostdeutschland bzw. Ostberlin. Hierbei handelte es sich um zusätzlich bereitgestellte Mittel zum etatisierten Finanzbedarf für die laufenden Kosten. Die „Übergangsförderung“ figurierte gewissermaßen als kulturpolitisches Rahmenprogramm für verschiedene

Finanzhilfen und spezifische Fördermaßnahmen. Dazu gehörten die Programme zur Erhaltung „Kultureller Substanz“, zur Förderung kultureller Infrastruktur und für die Denkmalspflege. Des Weiteren ein Programm zur Förderung „Repräsentativer Einrichtungen“, sowie sonstiger kultureller Institutionen. Das bereitgestellte Finanzvolumen für die Sonderprogramme ist beeindruckend. Allein für das Programm zur Erhaltung von „Kultureller Substanz“ standen 1,5 Milliarden DM zur Verfügung. Seiner hohen Dichte wegen, von überregional bedeutenden und repräsentativen Einrichtungen der Kultur erhielt Ostberlin zusätzlich zum Anteil aus dem „Substanzerhaltungsprogramm“ eine Pauschale in Höhe von 214 Millionen DM. So wurde durch eine gezielte Hilfe Staatsoper und Komische Oper, Deutsches Theater und Schauspielhaus, das Berliner Ensemble, das Berliner Sinfonie Orchester, sowie die Akademie der Künste begünstigt. An der Finanzaufwendung „Sonstige Förderprogramme“ partizipierte die Stiftung „Kulturfonds“ mit 20,55 Millionen DM. Mit der Einheit Deutschlands übernahm der Bund in seine Trägerschaft eine Reihe von Einrichtungen aus dem Osten, denen gesamtstaatliche Bedeutung zukam. Dazu waren schwierige und aufwendige Verhandlungen erforderlich, bei denen vielfältige und durchaus auch widerstreitende Interessen berücksichtigt werden mussten. Dass die westdeutsche Seite hier „die Muskeln“ spielen ließ, gehörte mit zu den dennoch produktiven Auseinandersetzungen. Es galt zukunftsfähige Konzepte für die Übernahme zu entwickeln, finanzierbar, den Arbeitsauftrag befördernd, der Organisation zumutbar und bei Zusammenführung, für den Interessenausgleich geeignet. Bei den betreffenden Objekten handelte es sich um traditionsreiche Institutionen mit einem großen Namen, die in 40 Jahren staatlicher Teilung getrennt von einander, ein Eigenleben führen mussten und nun zusammen zu führen waren: die Deutsche Bibliothek, Frankfurt/Main und Leipzig, das Deutsche Historische Museum, das Bundesarchiv, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Die Botschaft lautete, „es solle wieder zusammen kommen, was zusammen gehörte“. Das brachte mit sich sowohl aufwendige Sanierung von historischer Bausubstanz, von Schlössern und Gärten, Modernisierung von Anlagen und technischer Ausrüstung und Investitionen in die Zukunft. Eine Fusion machte andererseits die Neuformierung von Einrichtungen erforderlich. Das bedeutete aber die Verlagerung und Neuausrichtung von Arbeits- und Forschungsfeldern und von Sammelschwerpunkten, oft verbunden mit Standortwechsel und Personalreduzierung. Der Verlust von Selbständigkeit gestaltete sich mitunter schmerzlich. Die Chance des gemeinsamen Neubeginns wurde nicht immer sichtbar.

Mit dem Abschluss der „Übergangsfinanzierung“ 1993 konnte der Bund auf eine, im wahrsten Sinne des Wortes, glänzende Bilanz verweisen. Es gelang aus dem Bundes-

haushalt insgesamt 2,625 Milliarden DM zusätzlicher Finanzmittel für die Sicherung, Förderung und Neugestaltung der Kulturlandschaft im Osten des geeinten Deutschlands bereitzustellen und die schwierige Arbeits- und Lebenssituation von zahlreichen Künstlern abzufedern. Die Kulturklausel des Einigungsvertrages hatte sich als belastbar erwiesen, der Kulturstaat Deutschland bekannte sich zu seinen Pflichten. Das apokalyptische Getöse vom drohenden „Kulturkahlschlag“ und vom „Untergang der Kulturlandschaft im Osten“, ist als politischer Popanz der Einheitsgegner in die Geschichte eingegangen.

Im berechtigten Jubel über die eigene Leistung ging die Würdigung jenes Personenkreises unter, der in der „Gemeinsamen Einrichtung der Länder für Kultur“ das milliardenschwere Förderprogramm des Bundes umzusetzen hatte und die Überleitung von tausenden, ehemals zentral verwalteten Kultureinrichtungen in die Hoheit der Länder vorbereitete und begleitete. Die Missachtung ihrer Arbeit durch das Verschweigen ihrer Leistung ist unredlich. Sie hält bis in die Gegenwart an. Die „Gemeinsame Einrichtung Kultur“ entstand auf Weisung des Bundesinnenministers im Oktober 1990. Der Minister handelte auf der Grundlage des Einigungsvertrages Artikel 14, durch welchen der Bund ermächtigt wurde, für einen befristeten Zeitraum treuhänderisch Verwaltungshilfe zu gewähren. Ich wurde zum Leiter der Einrichtung bestellt. Der Personalbesatz der „Gemeinsamen Einrichtung Kultur“ rekrutierte sich aus Experten des Ministeriums für Kultur der untergegangenen DDR. Die Neuen Bundesländer hatten sich zwar juristisch konstituiert, ihre Kulturhoheit wahrzunehmen, gelang zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Für die Bewältigung des Auftrages, die „Übergangsfinanzierung“ des Bundes zugunsten der Länder voll wirksam werden zu lassen und die Überleitung zentral verwalteter Kultureinrichtungen nach dem Sitzlandprinzip zu gewährleisten, bedurfte es der intellektuellen Anstrengung, exzellenter Kenntnis der Kulturlandschaft in Ostdeutschland, juristischen Sachverstandes und feinfühligere, zielorientierter Verwaltungsarbeit. Die Arbeit gestaltete sich schwierig im Spannungsfeld des hoheitlichen Anspruchs neuer Landesverwaltungen und fehlender Kompetenzzuweisung des Grundgesetzes und des Einigungsvertrages für die „Gemeinsame Einrichtung Kultur“, aber dennoch bemerkenswert erfolgreich. Mit der Übernahme ihrer vollen Verantwortung duldeten die Mehrheit der Landesregierungen im Bereich der Kultur keine Verwaltungshilfe des Bundes. Der Bundesinnenminister sah sich veranlasst, die Auflösung der „Gemeinsamen Einrichtung Kultur“ zu verfügen. Die Mehrzahl der Mitarbeiter fiel der Arbeitslosigkeit oder der sogenannten Warteschleife anheim. Einigen der jungen Mitarbeiter gelang die Karriere in der Kulturabteilung des Bundesinnenministeriums bzw. des Auswärtigen Amtes. Ich teil-

te das Schicksal der Mehrheit meiner Mitarbeiter. Der Fall in die Arbeitslosigkeit als ehemaliger Staatssekretär und direkter Partner in den Verhandlungen zur Deutschen Einheit und die fehlenden Zukunftsaussichten auf eine angemessene Tätigkeit, enttäuschte mich bitter. Das war also mein persönlicher Preis, den ich für ein geeintes Deutschland zu zahlen hatte. Welchen Umgang erlaubte sich der ehemalige bundesdeutsche Partner mit uns, nach dem erfolgreichen Zusammenwirken für die Wiedervereinigung? Wie viele andere auch, konnte ich mich nicht des Eindrucks erwehren, die nutzlose Beute in einem verlorenen Krieg geworden zu sein. Von diesem Deutschland hatte ich genug. Mit welcher Ironie vermag das Schicksal einen Menschen heimzusuchen? Noch vor kurzer Zeit, in den Tagen der SED-Diktatur, diente mir das andere Deutschland als Sehnsuchtsbild, um in der Bedrängnis bestehen und hoffen zu können. Minister Schäuble bat ich, sich für mich verwenden zu wollen. Seit meiner Jugend hegte ich den Wunsch, einmal in meinem Leben in Südamerika tätig zu werden. 1993 begann ich für die Konrad-Adenauer-Stiftung den Auslandsdienst für die Regierungsberatung und Reformpolitik in Chile.

Andrea Brait:

Haben Sie das Gefühl, dass von den Zusagen des „Ostfonds“, den Österreich kreierte, irgendetwas die DDR erreichte, oder blieb es bei der Absichtserklärung?

Udo Bartsch:

Wenngleich die österreichische Seite davon ausgehen musste, dass die Tage der DDR gezählt waren, hatte ich keinen Zweifel an der Ernsthaftigkeit unserer Verhandlungen, der Zusagen und dem Willen, die Abmachungen umsetzen zu wollen. Die notwendigen verwaltungstechnischen Voraussetzungen sind getroffen worden oder in Arbeit gewesen. Ich erinnere mich an den Besuch des österreichischen Vertreters vom „Ostfonds“ bei uns im Ministerium, der die gegenseitigen Angebote für die Arbeitsaufenthalte von Künstlern verwaltungstechnisch „auf den Weg“ bringen wollte. Die Wiedervereinigung kam schneller, als die Umsetzung unserer Absichten. Geblieben ist die Erinnerung an einen freundlichen, hilfsbereiten Partner Österreich.

Andrea Brait:

Kleinere Sachen wurden aber dennoch verwirklicht. Es gab noch Filmwochen im Herbst vor der Einheit. Es ist noch ein wenig an Kontakten spürbar gewesen. Die Fra-

ge ist, ob diese Kontakte- Hawlicek war in Berlin und Schirmer in Wien –eine größere Funktion hatten. De Maiziere war im Juli noch in Wien bei Franz Vranitzky, der lange nicht so schnell auf der Linie von Helmut Kohl war, wie Alois Mock. Mock war sofort vom 10-Punkte-Programm begeistert und hat Kohl unterstützt. Unser Bundeskanzler Vranitzky war deutlich zurückhaltender. Er hat Modrow besucht, Modrow hat ihn besucht und dann kam noch der Besuch von de Maiziere. Man hat sehr lange eine abwartende Haltung von Vranitzky wahrnehmen können. Ich erkläre mir das teilweise mit der Persönlichkeit von Vranitzky, dass er prinzipiell ein vorsichtiger Mensch ist und auf Abwarten und Lagebeobachtungen gespielt hat.

Die Besuchskontakte waren im November 1989 und im Jänner 1990. Vranitzky war der erste Besuchskontakt überhaupt in der DDR nach dem Mauerfall und im Jänner 1990 war Modrow in Wien. Österreichs Botschafter in Bonn hatte gemeint, dass dieser zweite Besuch etwas überflüssig war.

Udo Bartsch:

Das sehe ich auch so, aber Modrow hat das bestimmt nicht so gesehen. Es waren die letzten Versuche des SED-Regimes Verbündete bzw. Kontakte zu schaffen, insofern war Österreich hier ein potentieller Partner für ihn. Die DDR bewegte sich in dieser Zeit bereits auf ihr Ende zu. Das war für Modrow und seine Partei jene überlebenswichtige Zeit, um den geordneten Rückzug der SED organisieren zu können. Der Immobilienbesitz dieser Partei ist beispielsweise schnell an junge, der SED ergebene und als zuverlässig geltende Genossen privatisiert worden. Es sind Hilfsfonds geschaffen worden, zum Beispiel für die Honeckers und ihr Exil in Chile. Zur gleichen Zeit bin ich durch die Adenauer-Stiftung ebenfalls nach Chile hinbeordert worden. Dort tauchten Herrschaften auf, mit Dollar gefüllten Stahlköfferchen. Als unser Botschafter fragte, woher denn das viele Bargeld bei ihnen stamme, kam als Antwort, es gäbe einen Sonderfonds für Erich Honecker. Modrow hat in dieser Zeit sehr umtriebig gewirkt, um diesen Rückzug der SED und ihres Vermögens vorzubereiten und durchzuführen. So könnte ich auch seine Reisediplomatie interpretieren. Die Partei begann in dieser Zeit sich auf marktwirtschaftliche Verhältnisse einzulassen, als Eingeständnis für den Reformwillen der SED. In der DDR existierten bisher große Wirtschaftsbetriebe unter dem Regime von Planwirtschaft und Parteikontrolle. In der Modrow-Zeit begann die Privatisierung von Unternehmen. Das betraf auch Wirtschaftsbetriebe, die dem Ministerium für Kultur unterstellt waren. Man versuchte sich auf diesem Terrain zu bewegen. Dazu gehörte beispielsweise, dass man mit Ber-

telsmann und anderen großen Verlagen Vereinbarungen traf, um Literatur aus dem Westen in die DDR einzuführen und sich im Gegenzug die Werbeeinnahmen auf Devisenbasis zu sichern.

Andrea Brait:

Österreich hat sicher auch sondiert, inwiefern für das Land in einer weiterbestehenden DDR eine Position zu gewinnen und auszubauen wäre. Das war Anfang des Jahres 1990 sicher noch ein Thema. Im Sommer kann das nicht mehr Gegenstand der Beziehungen gewesen sein.

Udo Bartsch:

Ich denke, dass Österreich sein Verhältnis zur DDR auch immer mit Blick auf die Bundesrepublik bestimmt hat. Wenn man sich weiter mit der DDR einließ, war das immer auch eine Position der Behauptung gegenüber der Bundesrepublik, was außenpolitisch stets ein Austarieren der Beziehungsverhältnisse bedeutete.

Andrea Brait:

Für die DDR war es in dem Moment ein Partner, weil sonst nicht so viele da waren?

Udo Bartsch:

Selbstverständlich. Ich habe das bei den Schweden bemerkt. Sie hatten Vorbehalte vor einem vereinten Deutschland, Befürchtungen, dass hier in der internationalen Lage ein politisches bzw. wirtschaftliches Übergewicht in Europa entstehen könnte. Man fürchtete, dass wieder eine Dominanz der Deutschen entsteht. Das war auch bei den Franzosen spürbar. Man hätte der DDR gewünscht, weiter zu existieren, weil man die Wiedervereinigung fürchtete. Diese Vorbehalte hatten auch unseren bundesdeutschen Partner bei der Ausgestaltung der Kulturklausel bewegt. Wir bestanden auf der Formulierung , „Kultur und Kunst sind unverzichtbar und unentbehrlich für die innere Einheit ...“, was im Laufe der Verhandlungen die bedeutende Erweiterung erfuhr , „ und auf dem Weg zur europäischen Einigung“. Darauf hatten unsere westdeutschen Partner großen Wert gelegt, weil immer der europäische Gedanke für sie eine unverzichtbare Rolle spielte. Das geeinte Deutschland sollte nicht in den Geruch kommen, eine Sonderrolle spielen zu wollen und der außenpolitische Arg-

wohn war von Anbeginn als unbegründet klein zu halten. Das ist mir damals nicht so bewusst gewesen, als wir um die Formulierung gerungen hatten. Nach den Gesprächen mit unseren ausländischen Partnern lernte ich recht bald zu verstehen, dass die von uns angestrebte Wiedervereinigung nicht unbedingt und von vorn herein für andere ein Segen bedeutete.

Andrea Brait:

Das kann auch bei Vranitzky ein wenig mitgeschwungen haben. Man merkt ganz deutlich seine reservierte Haltung und dieser Jubelschrei über das, was kommen wird, war am Ende wohl da, aber er war eher künstlich. Natürlich muss man das international begrüßen. Mock war von Anfang an klar, dass die Trennung überwunden ist. Das war Mocks Linie. Hier bemerkt man zwei ganz unterschiedliche Partner, die hier auch miteinander umgehen müssen, die außenpolitisch zwei ganz unterschiedliche Positionen vertreten haben. So waren denn auch die Besuchskontakte zu verstehen. Haben Sie von der Stimmung her gespürt, dass diese ambivalent war oder hatte man sich Ihnen gegenüber wunderbar aufgeschlossen gezeigt?

Udo Bartsch:

Wir waren ja noch die DDR. Wenngleich die Einheit auf der Tagesordnung stand, hätte sie ja auch viel später, zumindest nach einer Legislaturperiode von vier Jahren kommen können, so wie von der Regierung de Maiziere vorgesehen.

Andrea Brait:

Ja, der konkrete Termin stand ja noch nicht endgültig fest.

Udo Bartsch:

Ich habe im Grunde genommen ein ähnliches Gefühl wie in Frankreich gespürt. Man mochte die DDR, weil sie das geteilte Deutschland und nicht das geeinte Deutschland repräsentierte. Man wollte ihr helfen, noch eine Weile zu überleben. Vielleicht wäre es nicht vergeblich gewesen und man hätte dem "Kranken" in Ostdeutschland doch noch auf „die Beine“ geholfen. Die Franzosen waren sehr skeptisch unseren Einigungsbestrebungen gegenüber, aber stets freundlich und aufgeschlossen nach dem Motto: „Eigentlich wäre es schön, wenn es euch beide weiter gäbe“. Von österreichi-

scher Seite kann es durchaus ein Gedanke gewesen sein: „Wir wollen der DDR mit-helfen, weiter zu bestehen“.

Andrea Brait:

Sie bereisten auch Tirol und die Steiermark. Sie haben mit ganz unterschiedlichen Gruppierungen und Bundesländern zu tun gehabt. War das Gefühl überall gleich o-der haben Sie Unterschiede wahrgenommen? Hat man überall das Gefühl bekom-men, dass die DDR unterstützt werden sollte? Oder war das Gefühl ambivalent?

Udo Bartsch:

Ambivalent kann ich nicht sagen. Ich hatte das Gefühl, dass alle Gesprächspartner uns mit der einheitlichen Meinung begegneten: „Wir sollten ihnen jetzt helfen“. Es gab ein großes Entgegenkommen im Bundesministerium in Wien, wie in den Landes-behörden. Die angenehme Erscheinung der jungen Hofrätin tat ihr Übriges, und das Hilfsangebot, das sie uns über den „Ostfonds“ unterbreitete, wertete unsere Infor-mationsreise enorm auf. Die lebenswürdige Aufnahme im Ministerium und die Großzügigkeit, eine Rundreise durch die Lande zu gewähren, waren bemerkenswert. Wir hingegen hatten nichts außer unserer Wissbegierde mitgebracht.

Andrea Brait:

Das war den Österreichern klar: „Da kommt niemand, der etwas bieten kann.“

Udo Bartsch:

Gewiss gilt in den internationalen Beziehungen -Geben und Nehmen-, in welcher Form auch immer. Deshalb hatten wir unseren Besuch als Informationsreise ausge-wiesen, was diesen Besuch auch bestimmte. Es war von mir nicht beabsichtigt, ver-handeln zu wollen. Ich hatte es zumindest nicht erwartet und voraussehen können. Ich bin deshalb überrascht gewesen, dass uns mit einem Mal die Hand gereicht und gesagt wurde: „Wir würden eure Künstler unterstützen“. Ich erwartete von der In-formationsreise Auskunft und Erkenntnis über die ministeriale Kulturverwaltung im Zusammenwirken mit den Landesbehörden der Bundesrepublik Österreich. Dann ist man endlich „vor Ort“ und wird unverhofft gefragt: „Wie kann man euch in der

schwierigen Phase des demokratischen Umbruchs helfen?“ Das war eine sehr glückliche Erfahrung.

Andrea Brait:

Haben Sie mit anderen Museen, die in der DDR existierten, noch etwas zu tun? Es ging ja für viele Museen um die Weiterexistenz und um die Frage der Übernahme, zum Beispiel ist das Armeemuseum der DDR nicht übernommen worden. Es gab viele Museen, die aus ideologischen Gründen nicht weitergeführt wurden. Sind Sie damit in Ihrem Aufgabenbereich konfrontiert worden?

Udo Bartsch:

Wir hatten in den Verhandlungen zur Kultur aus einer Reihe von Gründen nicht die Absicht, alle anstehenden Fragen und Probleme lösen und festschreiben zu wollen. Streitpunkte gab es zuhauf, zum Beispiel, was wird aus den traditionsreichen, der deutschen Klassik verpflichteten Literatureinrichtungen in Weimar und Marbach? Wie geht das zukünftig zusammen oder sollten die Archive getrennt und unabhängig voneinander bleiben? Es ging um die Goethe/Schiller-Gesamtausgabe und die sie verantwortlich zeichnenden Literaturarchive. Die Goethe/Schiller-Gesamtausgabe hatte als gesamtdeutsches Projekt die Zeiten der staatlichen Teilung unbeschadet überstanden und als Klammer für die Einheit der Kulturnation segensreich gewirkt. Sollte nach der Wiedervereinigung für das Projekt und seine herausgebenden Archive in Ost und West eine Änderung herbeigeführt werden? Für Kulturinstitutionen, die teilungsbedingt die Jahre hindurch getrennt voneinander existieren mussten, bestand hingegen die Chance auf Zusammenführung. Der Einigungsvertrag verfügt dies für den Preußischen Kulturbesitz. Endlich gelang es den einzigartigen Sammlungskomplex, Schlösser und Gärten organisatorisch und räumlich zusammenzuführen und in einer Stiftung durch den Bund mit einem enorm verstärkten finanziellen Engagement für die Zukunft abzusichern. Bei Einrichtungen, die politisch und ideologisch dem SED-Regime dienten, waren wir uns von Beginn an einig, dass sie ihre Tätigkeit nicht fortsetzen sollten. Parteipropaganda bekam keine staatlich subventionierte Überlebenschance. Wie die Abwicklung dieser Einrichtungen vonstatten ging, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich war daran nicht beteiligt.

Andrea Brait:

Dabei spielten freilich auch die Biografien eine Rolle. Wie politisch waren die Leute in den betroffenen Institutionen tatsächlich? Beim Museum für Deutsche Geschichte war es tatsächlich so, dass vom wissenschaftlichen Personal fast niemand bleiben konnte und auch von den restlichen Angestellten konnten nur wenige verbleiben. Ein Großteil des Personals wurde am 3. Oktober 1990 entlassen.

Udo Bartsch:

Soziologen bemühen sich heute, dieses Vorgehen mit der eiskalten und gefühllosen Terminologie vom „Elitewechsel“ auf den Begriff zu bringen. In Zeiten des politischen Umbruchs sei dies in der Geschichte eben üblich und vernünftig. Ich nenne solches Denken theoretischen Antihumanismus. Wir haben in unserem Ministerium mit Erfolg einen anderen Weg des Umgangs mit den vermeintlichen „Siegern der Geschichte“ gepflegt. Man hätte also den zugesagten „Neuanfang in Würde“ anders beginnen können. Lassen Sie mich bitte dieses schmerzliche und unabgeholten gebliebene Kapitel der deutschen Einheit mit einer kleinen Geschichte weiterhin offen halten: „Es ereignete sich am 2. Oktober 1990. Landesparlament und Landesregierung von Rheinland-Pfalz hatten zur Feier der deutschen Einheit nach Koblenz an das „Deutsche Eck“ geladen, jenen geschichtsträchtigen Ort, an dem Rhein und Mosel zusammenfließen. Lothar de Maiziere war gebeten worden, einen Vertreter seiner Regierung zum Festakt zu entsenden, um sich an diesem, in der deutschen Geschichte und für Europa außerordentlichen Ereignis mit den Brüdern und Schwestern aus Ostdeutschland verbunden zu wissen. Die Wahl fiel auf mich, da mir bereits zum Gedenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 die Ehre zuteil geworden war, in Koblenz einen Erinnerungspark mit drei Segmenten der „Berliner Mauer“ einzuweihen. Um 0- Uhr läuteten die Kirchenglocken der Stadt den „Tag der Deutschen Einheit“ ein. Die staatliche Einheit der Deutschen war vollbracht! Von vielen zu Lebzeiten nicht mehr erwartet, vollendete sich das Vermächtnis aufrechter Demokraten des 19. Jahrhunderts, in Recht und Freiheit ein einiges Deutschland zu werden. Nie war es bisher in unserer Geschichte gelungen. Die Deutschen erhielten eine zweite Chance mit der Aussicht, die volle Souveränität zu erlangen... Noch im Hochgefühl dieser glücklichen Stunde gefangen, gratulierte mir der Ministerpräsident des Bundeslandes zu dem denkwürdigen Ereignis und schloss mit der Frage, wie ich mich denn jetzt fühle, mein Staatsamt verloren zu haben, da ja die DDR soeben untergegangen sei. Ich verhehle nicht, schockiert gewesen zu sein. Die Euphorie für den gemeinsamen

Neubeginn in Würde war offensichtlich im eiskalten Geschäft der Politik rasch verfliegen. Bereits fünf Minuten nach 0-Uhr hatte mich die Wirklichkeit der neuen Bundesrepublik eingeholt, zunächst mit der Marginalie, dass sich das Protokoll der Landesregierung für meine Frau und mich nicht mehr zuständig fühlte und die Ehrengäste aus der ehemaligen DDR sich selbst überließ.

In der Tat, mit der Stunde der deutschen Einheit hörte das Ministerium für Kultur wie alle Institutionen der DDR auf zu existieren. Auch die demokratisch legitimierte Leitung des Hauses, die am Einigungsvertrag mitgearbeitet hatte und jener kleine Kreis von Fachleuten, Missliebige des SED-Regimes, die sich kraftvoll in den Dienst der neuen Kulturpolitik für den demokratischen Neubeginn stellten, wurden „freigesetzt“, arbeitslos, mit würdelosen „Kettenverträgen“, kurzfristigen Bindungen vertröstet. Diesen Verlust mussten wir, wie viele andere im Lande auch, als persönlichen Preis der Einheit zahlen. Auch für mich bedeutete das, meinen Platz in dieser Gesellschaft erst noch finden zu müssen...“

Ich möchte hier stellvertretend für andere Akteure des politischen Neubeginns auf das Schicksal meiner Kollegen Staatssekretäre der Regierung de Maiziere nach der Wiedervereinigung aufmerksam machen. In einer besonders schwierigen und labilen Zeit hatten sie Verantwortung übernommen, mit offenem Ausgang für den Erfolg ihrer Arbeit. Als Akteure des politischen Neubeginns für Demokratie und die Einheit Deutschlands gaben sie diesem Prozess maßgebliche Gestalt. Ihre Leistung ist heute dem Vergessen anheim gefallen. Die fehlende Anerkennung nach mehr als einem Vierteljahrhundert schmerzt, die schäbige Ostrente macht bitter. Manch einer von ihnen lebt an der Armutsgrenze und kann nicht einmal für das Stück Kuchen und die Tasse Kaffee selbst aufkommen, wenn wir uns treffen. Eine groteske Situation - fallen doch die ehemaligen führenden Genossen der DDR im geeinten Deutschland in ein sanft gepolstertes soziales Bettchen. Da jubiliert das Herz der alten Kämpfer für diese Belohnung am Verrat einer humanistischen Utopie, für die Ruinierung von Wirtschaft und Finanzen, für Kontaminierung der Umwelt und die Repression des Volkes. Die Regierung de Maiziere hob ihre Sonderversorgungssysteme als Teil der sich selbst zugeschobenen Privilegien auf. Die oberste Rechtssprechung des wiedervereinigten Deutschlands kassierte diesen Beschluss. Es entbehrt nicht eines gewissen Zynismus, dass westdeutsche Steuerzahler heute die Renten von ehemaligen MfS-Bediensteten, sowie von mittleren und höheren Partei- und Staatsfunktionären erwirtschaften müssen, die die Westdeutschen einst als Klassenfeinde bekämpften. Denn ein beträchtlicher Anteil der gewährten Solidarpaktmittel muss herhalten für die Finanzierung der Folgekosten von Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der

DDR. Die Überwindung des alten Regimes blieb unvollendet. Besonnenheit und Vernunft kennzeichneten die „Friedliche Revolution“. „Keine Gewalt“ wurde zu ihrem sinnträchtigen Ausdruck, nicht das „ca ´ira“ der Französischen Revolution, das mit Radikalität und Vergeltung den Umsturz begleitete. Wir hofften auf Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat.

„Blüenträume“ reiften für mich in den mehr als 25 Jahren der deutschen Einheit nicht. Zurückweisung, Demütigung und Enttäuschungen zählen zu den Ingredienzien des neuen Lebens. Aber nie waren sie für mich mächtig genug, um das Glück der deutschen Einheit in Zweifel zu ziehen.

Andrea Brait:

Es irritiert, dass danach von der Bundesrepublik keine Perspektive geboten wurde.

Udo Bartsch:

Es hat angeblich Gespräche zwischen de Maiziere und Helmut Kohl gegeben zum Thema, was aus denen werden soll, die am Verhandlungstisch für die Einheit wirkten. Das waren nicht viele. In der letzten Kabinettsitzung mit de Maiziere fragte ein Kollege von uns, mit welchem Ergebnis wir denn aus den uns betreffenden Gesprächen mit Kohl wir zu rechnen hätten. Die Antwort darauf war, dass jeder sehen muss, wie er mit sich selber fertig wird. Es hat hinterher Briefe von de Maiziere an die Bundeskanzlerin und an den Bundespräsidenten gegeben, in denen er auf unsere Misere aufmerksam machte.“ Es gibt keinen Rechtsanspruch“ ist uns schließlich als Schlussapothese übermittelt worden. Unsere Eingaben an den Innenausschuss des deutschen Bundestages sind unbeantwortet geblieben. Ganz bitter, ganz finster, ganz schlimm!

Andrea Brait:

Diese Missachtung ist ja auch deshalb nicht verständlich, weil sie ja ihre beruflichen Existenzen aufgegeben hatten, um die politische Verantwortung übernehmen zu können. Darum freut es mich besonders, dass Sie trotz der nicht überwundenen Bitterkeit auf meine Anfrage, als Zeitzeuge berichten zu wollen, positiv reagiert haben.

Udo Bartsch:

Es ist für mich wichtig, dass dem Geschehen, dem wir uns hier annähern wollen, historische Gerechtigkeit widerfährt. Weder in der Wissenschaft, noch im öffentlichen Bewusstsein hat die Regierung de Maiziere und ihre Leistung für den demokratischen Umbruch und die Einheit Deutschlands gegenwärtig einen Stellenwert, der ihrer historischen Bedeutung gerecht wird. Als Zeitzeuge Auskunft zu geben, bleibt dennoch ein nicht unproblematisches Unterfangen. Man setzt sich dem Verdacht eitler Selbstbespiegelung aus. Andererseits verstören mich meine Erfahrungen der Haftzeit immer noch mit aller Kraft, so dass es mir nach wie vor schwer fällt, damit an die Öffentlichkeit zu gehen.

Andrea Brait:

Das verstehe ich. Dennoch bleibt es als Historikerin meine Aufgabe, auch das Handeln der Akteure zu hinterfragen. Ich habe noch eine Frage von der ich nicht weiß, ob Sie darauf antworten können: War 1989 ein Zäsurjahr für Österreich? Ich frage noch allgemeiner: Ist 1989 nur ein Zäsurjahr für die Staaten, in denen direkt die Umbrüche stattfanden, oder hat 1989 mehr für die Welt, für Europa, für Österreich bewirkt? Wie würden Sie das aus der heutigen Perspektive einschätzen?

Udo Bartsch:

Die Demokratiebewegungen in Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn, die Innen- und Außenpolitik Gorbatschows, der Zusammenbruch des „Sozialistischen Lagers“ und seiner Ideologie, die Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes und schließlich die „Friedliche Revolution“ in der DDR mit der „Maueröffnung“ am 9. November und den Folgeereignissen, führten selbstverständlich zur Veränderung der geopolitischen Lage. Der „Kalte Krieg“, der zeitweilig drohte, einen Weltkrieg auszulösen, fand glücklicherweise für die Menschheit ein Ende. Manch ein Zeitgenosse glaubte vorschnell von einem Ende der Geschichte schwärmen zu müssen, sie sei ja nun durch die Ereignisse suspendiert, zu einem Abschluss gekommen, - mit der Pax americana. Angesichts der Weltlage von heute haben wir sehr schnell erfahren müssen, dass der glückliche Gedanke an ein „Reich des Friedens“, eine Utopie bleiben wird.

Ich will mich nicht zu Spekulationen hinreißen lassen, aber wäre der Sturz von Gorbatschow gelungen, hätte es keine „Friedliche Revolution“, keine „Maueröffnung“,

keine freien Wahlen und keine Einheit in Deutschland gegeben. Das Ziel der altkommunistischen Putschisten war eindeutig, nicht nur das Sowjetsystem reanimieren zu wollen, sondern auch mit ihrer eigenen militärischen Macht in der DDR, die Volksarmee, die Polizei und die Staatssicherheit zum durchgreifenden Handeln zu veranlassen. Was daraus für eine Situation in der DDR, in Europa und für die Welt entstanden wäre, muss ich mir nicht ausdenken, glücklicherweise. Die politischen Gewichte in Europa haben sich grundlegend verändert. Zu den neuen Konstellationen gehörte auch, das Verhältnis zum wiedervereinigten Deutschland zu bestimmen. Auch Österreich musste, ob es wollte oder nicht, das geeinte Deutschland zur Kenntnis nehmen und seine künftige Position festlegen. Wie Sie berichteten, gab es bei einigen politisch Verantwortlichen ein zögerliches Verhalten in dieser Frage. Ich bin mir sicher, gewichtige Vorbehalte dürften heute ausgeräumt sein. Österreich wird für mich weiterhin wichtig bleiben, als ein wunderschönes Land mit reicher Kultur und Geschichte, mit gemeinsamer Sprache und einer bemerkenswerten, nicht zu überhörenden Stimme in Europa.

Andrea Brait:

Danke für Ihre Einschätzung! Nun habe ich Sie genug ausgefragt. Danke für das Interview!